Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, März/April 2018 *68. Jahrgang, Nr. 785/86*

„Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist!“ – Eine Geschichtslüge, die von Lenin in Stein gemeißelt wurde

Im Mai ist der 200. Geburtstag von Marx – es gibt keinen wirklichen Grund, diesen Mann zu ehren

Wer die aktuelle Fg-Ausgabe durchblättert, wird sehen, dass diese stark vom Thema Karl Marx geprägt ist. Der „große Vordenker“ des Sozialismus/Kommunismus hat im Mai sein 200-jähriges Geburtsjubiläum. Man hat das zum Anlass genommen, ihn zu ehren und das Gedenken an ihn kommerziell auszuschlachten. Wir haben bereits in den vorherigen Ausgaben gesehen, dass die Gesellschaft immer weniger davor zurückschreckt, den einstigen Marx-Wahn, wie wir ihn in viereinhalb Jahrzehnten Sozialismus-Diktatur erlebt haben, fortzuführen: Marx der Weise, der Sympathische, der Humanist – man gaukelt uns zur Person Eigenschaften vor, die es nie gab. Auf das eigentliche Werk geht niemand ein. Nicht nur weil es nicht mehr aktuell, sondern weil es unverständlich und langatmig abgefasst ist. Es werden nur Schlagworte herausgezogen, die man als falsche Kernsätze und hohle Parolen präsentiert.

„Wir sollten eigentlich jeden Morgen Karl Marx lesen, damit wir unsere Regierung besser verstehen. Ich tue das nicht, denn meine Lektüre ist die Bibel. Darin finde ich Kraft, das zu tun, was ich für richtig halte. Alles in der Welt ist vergänglich, nicht aber die seelische Kraft der Verbindung mit Gott.“
Emil Zatopek,
tschechischer Sportler
Quelle: Internet

Fest steht zudem, dass die Historiker dem bärtigen Gott keinen Dienst erwiesen haben, indem sie in den 46 Bänden des MEW den kompletten Briefwechsel mit Engels und anderen Zeitgenossen veröffentlichte. Aus den Briefen sprechen Geldgier, Neid und eine geradezu ungesunde Arroganz.

„Die Tragik des 20. Jahrhunderts liegt darin, dass es nicht möglich war, die Theorien von Karl Marx zuerst an Mäusen auszuprobieren.“
Stanisław Lem
Polnischer Schriftsteller
Quelle: Internet

Man kann die Götzenanbetung, die der 200-Jahr-Aufmarsch ausgelöst hat, leider nicht aufhalten. Es war sicher eine wohltuende Meldung, dass durch die Initiative der VOS der Marx-ICE verhindert wurde. Jener steinerne Wald, den die Denkmäler und Statuen ergeben, die zu Ehren des bärtigen Mannes in Deutschland und anderen Ländern aufgestellt wurden, werden wir nicht auslöschen können. Die Idee eines humanen Sozialismus nach Marx’schem Vorbild ist und bleibt eine falsche Fiktion. Leider haben wir als VOS nicht den Einfluss, diese blinde Marx-Anbetung zu stoppen. Unsere Argumente sind gut und stichhaltig, denn wir sind Zeugen des durch Marx, Engels und Lenin legitimierten Unrechts. Und doch sind wir inzwischen nur eine Minderheit, unsere mahnende Stimme kann kaum noch eine breite Masse erreichen. Dennoch wäre es falsch, wenn wir resignieren. Die einzelnen Beispiele des Protests – in dieser Freiheitsglocke-Ausgabe werden wieder einige aufgeführt – können durchaus ihre Wirkung erzielen. Es ist daher wichtig, die Stimme zu erheben, sich auch per Leserbrief oder kritischer Anfrage bei der jeweiligen Kommune zu erkundigen, welchen Bezug man zu Karl Marx hat.

Eng verbunden mit Marx ist das Wirken des Revolutionärs Lenin. Er begründete seine radikalen Praktiken mit der Lehre von Marx, auch Mao Zedong, Stalin und Walter Ulbricht beriefen sich auf ihn. Stalins Sozialismus brachte halb Europa Tod und Elend. Die Zahl der Toten und der Verfolgten, die – wenn auch kaum von lebenden deutschen Politikern – immer mal wieder genannt wird, beziffert sich auf eine dreistellige Millionensumme. Das ist erschreckend.

„Ein Sozialismus mit menschlichem Antlitz, das ist der Teufel beim Maskenball.“
Otto Graf Lambsdort
Deutscher Politiker
1926 bis 2009
Quelle: Internet

Der Sozialismus, den WIR kennengelernt haben und wie ihn Marx propagierte und Lenin umsetzte, ist ein Unglück und ein Unrecht, und er wird ein solches bleiben.

Vorstand, Gesch.führer, Redakteur

Seitdem vor wenigen Wochen in Berlin mit halbjähriger Verzögerung endlich eine neue alte Regierung für Deutschland gebildet werden konnte, ist es, was die innenpolitischen Themen angeht, wieder still geworden. Die alten und die neuen Abgeordneten liefern sich natürlich in bekannter Weise ihre Wortgefechte, und die CDU und die SPD sowieso, aber man hat nicht unbedingt den Eindruck, dass es dabei um Inhalte, sondern vielmehr um die persönliche Profilierung geht. Jetzt, wo die Regierung legitimiert ist und die Posten gesichert sind, ist Deutschland wieder vollwertiger Teilnehmer am internationalen Geschehen. Es geht um internationale Handelsbeziehungen, um Konflikte in Nahost, um die Separationsbemühungen der Katalanen und nicht zuletzt um den Anschlag auf einen russischen Ex-KGB-Mann und dessen Tochter in Großbritannien.

Letzteres Thema hat einen Wirbel verursacht, der – sicherlich nicht nur mir – übertrieben erscheint. Ganz Großbritannien scheint Kopf zu stehen, und Europa und die USA empören sich, als wären andere politische Vorgänge zweitrangig. Es werden in Scharen Diplomaten ausgewiesen, in der europäischen Hauptstadt tritt das europäische Parlament zusammen, um sich in heißen Debatten zu ergehen, die im Endeffekt dazu führen, dass das internationale Klima noch kühler und undurchsichtiger wird, als es ohnehin ist.

Man muss kein Putin-Freund und kein Theresa-May-Feind sein, um darüber sein Unverständnis zu äußern. Fest steht, für Mrs. May war dieser Anschlag eine willkommene Gelegenheit, um von den Problemen abzulenken, die sich ihr Land mit der Brexit-Entscheidung bereitet hat. Dass Deutschland und die USA an diesem Wirbel teilnehmen, ist weniger verständlich. Oder will uns jemand weismachen, dass wir mit den Machenschaften des KGB nicht seit 1945 jede Menge böse Erfahrungen gemacht haben und nicht wüssten, wozu seine Mitglieder heute noch fähig sind? Bis in die 1950er Jahre wurden deutsche Bürgerinnen oder Bürger vom KGB entführt und nach Moskau verbracht. Die, die zurückgehkehrt sind, werden diese beängstigende Spanne ihres Lebens niemals vergessen. Jene, deren Gebeine von russischer Erde bedeckt sind, haben keinen Grabstein und kein Gebinde bekommen.

Wir erinnern uns auch des Mottos, das bald schon das MfS der DDR vom großen Vorbild KGB übernommen hat: Von den Sowjets lernen heißt „morden“ lernen.

Auf ein Wort des Redakteurs

Auch das MfS hat Menschen aus Westberlin oder dem Bundesgebiet entführt. Es hat hier gemordet und unliebsame Flüchtlinge, auf die man einen ganz besonderen Hass hatte, verschleppt, zur Strecke gebracht oder getötet. Den Namen Lutz Eigendorf und das damit verbundene Schicksal hat mancher schon vergessen.

Der Tod des einstigen DDR-Fußballstars, der illegal in den Westen ging und dort im Profi-Fußball anheuerte, wird sicherlich auf immer ungeklärt bleiben. Aber den dringenden Verdacht, der auf die Initiatoren und die mutmaßlichen Täter fällt, wird niemand ausräumen. Nicht anders sieht es mit Michael Gartenschläger, Jürgen Fuchs und Rudolf Bahro aus. Während bei Gartenschläger zumindest der Tatbestand des Hinterhalts und der tödlichen Schüsse auf ihn nachgewiesen wurden, kann für Fuchs und Bahro nur die Vermutung der vorsätzlichen Verstrahlung geäußert werden. Jürgen Fuchs stand auf der Liste der SED-Feinde mit an erster Stelle. Die Stasi hat ihre ganze Niedertracht eingebracht, um ihn zu „zersetzen“, und der Verdacht, dass in den Untersuchungsgefängnissen Häftlinge hinterrücks mit Gamma-Strahlen vergiftet wurden, bleibt leider nur ein solcher und kann nicht bewiesen werden, zumal die nachträglichen Erhebungen zu keinem Erfolg führten.

Nachweisbar ist jedoch, dass das MfS beispielsweise Geldscheine mit radioaktiven Substanzen präparierte, um illegalen Geldgeschäften auf die Spur zu kommen. Durch die Verstrahlung der Scheine ließ sich darstellen, an wen diese letztendlich gegangen sind. Allein dies ist ein schmutziges, menschenverachtendes Vorgehen, aufgrund dessen sich andere Niederträchtigkeiten mutmaßen lassen. Man denke daran, dass auch viele Kameradinnen und Kameraden der VOS auf oft unerklärliche Weise früh verstorben sind, und man stellt sich durchaus die Frage: Was ist da passiert?

Das MfS hat in den letzten Tagen seines institutionellen Untergangs das besonders belastende Material vernichtet. Niemand von den Opfern und Aufklärern weiß, was da wirklich verschwunden ist. Keiner von uns ehemaligen Häftlingen hat zudem erfahren, was in den Zeiten der Haft außerhalb der Zellenmauer vor sich gegangen ist. Hat man Gefangene unauffällig verstrahlt, hat man ihr Essen manipuliert?

Fragen dieser Art müssen auf jeden Fall gestellt werden, auch wenn sich in den Reihen der Politiker das Interesse ebenso in Grenzen hält wie bei den Themen bessere Entschädigungen für die Haft und für die von uns allen geleistete Zwangsarbeit.

Um nun auf den Fall des mutmaßlichen KGB-Anschlags zurückzukommen: Mich persönlichen interessiert nicht mal, ob Putin wirklich dahintersteckt (wobei ich ihn nicht für so dumm halte, dass er eine solche Tat riskiert), ich möchte vielmehr auf die Absurdität des Spektakels hinweisen, das hier inszeniert wurde. Ich hätte es für dringlicher gehalten, endlich danach zu fragen, was bis zum Fall der Mauer an Anschlägen, Morden und „Zersetzungen“ in Auftrag gegeben und was davon in die Tat umgesetzt wurde. Wenn sich nach zwei Jahrzehnten frühere KGB-Leute gegenseitig aus dem Weg räumen, halte ich das nicht für ein Politikum von globaler Dimension. Es zeigt lediglich, welche Gangart einst üblich war, aber es würde eben auch die Frage zur Folge haben, mit wem zuzeiten der Sowjets und der Stasi in eben dieser radikalen Weise umgegangen wurde.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: Marx – die Lüge und ihre Auswüchse

Titelseite / Folgethema
Gegenstimmen unerwünscht
Die Unantastbarkeit des bärtigen Mannes

***Redaktionsthema*:**
Ein Giftanschlag in London wird zum globalen Politikum
Hat man erst am Fall Gripal gemerkt, dass es einst einen KGB gegeben hat? 2

Eine große Aktion, aber auch kleine Schritte möglich
Vorschläge zur Erreichung einer höheren Opferrente/ Ehrenpension 4

Das ist wichtig; Vergangenheit und Gegenwart treffen aufeinander
Sachsens Landesbeauftragter startet Zeitzeugen-Reihe in Hoheneck 4

Der Landesbeauftragte Sachsen meldet:

Erinnerung an die stürmischen Tage wird durch Vereinsgründung gestärkt
Plauen im Vogtland spielte wichtige Rolle 5

Immer noch fehlt der Name des Künstlers
Die Herkunft der „Cottbus-Zeichnungen“ ist leider noch ungeklärt 4 – 5

Die VOS in Reichenbach i. V.
Es fing früh und umfangreich an 5

Das Thema Marx in Trier und anderswo:

Kommunismus ohne Marx ist nicht möglich
In Nordkorea und China steht er Pate, von Solidarność wurde er abgeschafft, in den westlichen Demokratien gilt er nun als chic

Protestschreiben:
- Ampelmännchen in Trier unerwünscht
- Missachtung der Opfer durch Bahn AG 6 – 8

Blickpunkt Neubrandenburg: Marx muss sein, Gedenken an die Opfer fraglich
- Es geht um Gedenken an Diktaturopfer
- Ausflüchte in einer ernsten Sache
- Eine Anfrage und zwei Kommentare 9
- Es geht um Gedenken an Diktaturopfer 9

Eine Abstimmung mit fragwürdigem Ausgang
Was hat(te) Marx mit dieser Stadt zu tun? 9

Das Blut, das an den Händen klebt
Die Bilanz der „großen“ Marx-Praktiker ist sehr düster 9

Als Zeitzeuge eine Brücke zwischen den Generationen bauen
Das NRW-Zeitzeugen-Projekt mit ehemaligen Häftlingen ist 2018 schon gut angelaufen 10 – 11

Bücher, die uns wichtig sind:
- Simon Grübel über die Unvorstellbarkeit des Lebens in der Sowjetunion 10 – 13
- Anna Kaminsky über Frauen in der DDR 14 - 15

Nachprüfbarkeit politischer Motivation in DDR- Adoptionsverfahren
Eine Studie auf dem Prüfstand 16

Es ist schon ein halbes Jahrhundert her und doch scheint es wie gestern
Das Jahr 1968 bot eine Vielzahl an markanten Geschichtsereignissen 17

Für Devisen klammheimlich Schnellfeuerwaffen ins NSW exportiert
Die DDR stellte im Erzgebirge massenweise Kalaschnikow-Variationen her 18

Ein Atheist, der Gläubigen Trost spendet
Kritische Gedanken zur christlichen Missionierung früherer Zeiten 19

Hat Marx falsch gerechnet?
G.P. Leubes Buch, das durch mathematische Formeln „Das Kapital“ widerlegt 19

Von Beginn an Verantwortung als Bundesvorsitzender übernommen
Kamerad Stelling gehörte der VOS 62 Jahre an. Ein Nachruf 20

Termine und Tipps 16, 17
Suchmeldungen 4
Leserbriefe, Sinnsprüche 4, 13, 18
Nachrufe 18, 19, 20
Impressum / 20

Danke an alle großartigen Spender, die sich für die VOS einsetzen!

Horst Krutzsch, Heinz Mintzlaff, Joachim Nitsch, Johann Leeb, Jürgen Wolf, Irene Petzel, Erwin Kujadt, Gerd Uwe Lewin, Jakob Weisbrod, Helmut Günther, Kurt Dietz, Eberhard Pohl, Ingrid Arena, Lothar Eckardt, Horst Radtke, Joachim Liebmann, Horst Lindemuth, Fredi Wietzoreck, Hartmut Chyba, Felix-Heinz Holtschke, Manfred Fenner, Prof. Dr. Oswald Gürtler, Hans-Joachim Keferstein, Ursula Krauße, Heinz Streblow, Dr. Peter-Joachim Lapp, Jürgen-Kurt Wenzel, Günter Schünemann, Peter Ruck, Reinhard Golde, Wolfgang Seidel, Rudolf Sehm, Fritz Schöne, Wilfried Seifert, Helmut Gorgas, Lothar Baumann, Dr. Martin Hoffmann, Günter Rößger, Eberhard Kaduk, Günter Scharf, Hans-Joachim Markgraf, Hans Winkelmann, Herbert Thomas, Wilmar Leistner, Heinz-Günther Lohoff, Helmut Schlönvoigt, Rainer Hohmuth, Heinz-Jürgen Müller, Ruth Annelies Anders, Dieter Müller, Karl-Heinz Fricke, Hans Steffen, Claudia Hellström, Friedrich Törber, Jakob Bittermann, Karl-Heinz Werner, Bruno Niedzwetzki, Fritz Schaarschmidt, Karl-Heinz von Polheim, Günter Uhlig, Karl-Heinz Ulrich, Klaus-Ludwig Goos, Erich Beier, Friedhelm Stage, Karl-Heinz Ruhnau, Horst Radigk, Lothar Ech, Wolf-Peter Rubner, Kurt Schröder, Brigitte Voelkel, Erdmute und Dr. Walter Weller, Günter Steinrücken, Paul Radicke,

Wir danken den Spendern, die in diesen Zeiten etwas für die VOS übrig haben.

Hinweis: Die nächste Ausgabe der Fg (planmäßige Auslieferung Ende Juni) erscheint wegen einer Auszeit des Redakteurs möglicherweise einige Tage später als vorgesehen.

Achtung: Hinweise zu Gedenkveranstaltungen **am 17. Juni für Berlin und Chemnitz** auf S. 17 dieser Fg.

Nicht aufgeben und unsere vielleicht letzte Chance nutzen

Eine größere Aktion könnte viel bewirken, um unsere Ansprüche durchzusetzen

Karl-Heinz Genath meldet sich erneut zu Wort

✉ Mit Interesse habe ich in der Fg, Februar 2018, gelesen, dass viele so wie ich in der Sache Forderungen/ Wünsche für die Opfer der SBZ/ DDR denken.

Wir dürfen nicht aufgeben und erlahmen. Meine Ansicht: In der bisherigen Vorgehensweise erreichen wir für uns sehr wenig bzw. überhaupt nichts. Um hier etwas auf die Beine zu stellen, ist so etwas nur in einer großen Aktion möglich. Kleine Schritte möchte ich dennoch nicht ausschließen.

Seit vielen Jahren kämpfen wir für unsere Sache, doch die Ergebnisse sind unbefriedigend bzw. mager. Wenn das Problem, das sich uns stellt, nicht in absehbarer Zeit gelöst wird, gerät unsere Sache endgültig in Vergessenheit, und das wäre sehr bitter. Die Opferverbände verlieren vielleicht auch wegen mangelnder Fortschritte zu viele Mitglieder.

Meine Vorschläge wären:

Start einer größeren Aktion nach der Vereidigung einer neuen Bundesregierung bzw. direkt nach dem Ende der Sommerpause im Bundestag (im September). Dies wäre die Aufgabe unseres Verbandes, wodurch noch Zeit wäre, Unterschriftslisten zu sammeln und diese vorzulegen.

Abfassung eines konkreten Schreibens, das an jeden Bundestagsabgeordneten übergeben wird. Hierin wäre die Situation der Opfer darzustellen und aufzuführen, welche Forderungen und Ansprüche sie haben.

Abfassung desselben Schreibens und direkte Übergabe an die Kanzlerin und die für unsere Angelegenheiten zuständigen Minister.

Abfassung desselben Schreibens und direkte Übergabe an die Vorstände der im Bundestag vertretenen Parteien.

Abfassung desselben Schreibens und direkte Übergabe an den Bundespräsidenten.

All diese Aktionen sollten möglichst parallel erfolgen, um einen hohen Effekt zu erzielen. Es könnte vielleicht DIE Chance für uns sein.

Ich hoffe, der Bundesvorstand kann mit meinen Anregungen etwas anfangen und die Vorschläge umsetzen. Es wäre in unser aller Sinn.

Karl-Heinz Genath (91 Jahre)

Prag 1968 – Zeitzeugen bzw. ehemalige Inhaftierte gesucht

Die Stiftung Gedenkstätte Potsdamer Lindenstraße bittet ehemalige Häftlinge des Potsdamer Stasi- Untersuchungsgefängnisses, die in Zusammenhang mit dem Prager Frühling 1968 inhaftiert wurden, sich zu melden.

E-Mail: info@gedenkstaette-lindenstrasse.de

Tel. 0331-289 6115. Adresse: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstraße 54, 14467 Potsdam.

Dr. Katharina Wimmer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Stiftung.

Die Gedenkstätte ist von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr für Besucher geöffnet.

Zeitzeugengespräche als Bindeglied zwischen gestern und heute

Landesbeauftragter unterstützt Zeitzeugengespräche in der Gedenkstätte Hoheneck

Pressemitteilung 7/2018 vom 27.02.2018

💻 Am 28. Februar 2018 startete mit Petra Weise in der Gedenkstätte Hoheneck eine Reihe von Zeitzeugengesprächen, die vom Landesbeauftragten im Bundesland Sachsen gefördert wird. Dazu äußert sich der Landesbeauftragte Lutz Rathenow in der Pressemitteilung seiner Behörde wie folgt:

„Wir unterstützen es sehr, dass in Hoheneck, in der im Aufbau befindlichen Gedenkstätte, ein attraktives Programm angeboten werden kann. Dass ehemalige Gefangene am Ort ihrer Erniedrigung heute über das vergangene Unrecht aufklären können, ist ein wichtiges Zeichen. Zeitzeugengespräche sind auch deshalb so wichtig, weil in ihnen Vergangenheit und Gegenwart auf sehr lebendige Weise aufeinandertreffen. Unrechtserfahrungen können durch diesen Dialog als mahnende Erinnerung für die Zukunft bewahrt werden und dazu anregen, sich mehr einzumischen.“

Zur Zeitzeugin selbst enthält die Pressemitteilung folgende Information:

Petra Weise kam wegen Republikflucht von Juli 1980 bis Juli 1981 in Haft. Zur Flucht hatte sie sich mit ihrer Familie entschlossen, weil dringend benötigte Medikamente für ihr schwerkrankes Kind in der DDR nicht erhältlich waren. Nach dem gescheiterten Fluchtversuch kamen sie und ihr Mann in Haft und das Kind zu den Großeltern. Im Gespräch mit Schülern wird Petra Weise von ihrer Zeit in Hoheneck, dem zentralen Frauengefängnis der DDR, dem Häftlingsfreikauf und vom Neuanfang in der Bundesrepublik erzählen.

In der Vortragsreihe finden bzw. fanden folgende weitere Termine statt:

– 28. Februar 2018: Gespräch mit Schülern einer 10. Klasse der Oberschule Annaberg/Buchholz
– 22. März 2018: Gespräch mit einer Gruppe von Bundesfreiwilligen aus Marienberg
30. April 2018: Gespräch mit Schülern zweier 9. Klassen der Oberschule Auerbach/Vogtland
– 2. Mai 2018: Gespräch mit Schülern einer 9. Klasse der Oberschule Auerbach/Vogtland

Dr. Nancy Aris, stellvtr. Landesbeauftragte

Spurensuche nach unbekanntem Cottbuser Haftkünstler bisher erfolglos

Nochmaliger Aufruf: Wer erinnert sich?

In Fg 781/82 veröffentlichten wir auf Seite 16 die Zeichnung eines unbekannten Häftlings aus der Haftanstalt Cottbus und fragten, ob sich andere Häftlinge an den Namen des Künstlers erinnern können. Ein ehemaliger Wachmann hatte die Zeichnungen, die ansonsten vernichtet worden wären, aufgehoben und jetzt an die VOS gegeben. Leider blieb der Aufruf aus der Ausgabe 781/2 bisher erfolglos, kein Leser bzw. Ex-Häftling meldete sich. Die Suche geht weiter. Wer kann helfen? Au der nächsten Seite sind die Zeichnungen noch einmal abgebildet. *ARK/ HD*

Neue Aufarbeitungsimpulse aus Plauen: „Vogtland 89 e.V.“ präsentiert sich am 1. März 2018 erstmals der Öffentlichkeit

Pressemitteilung 8 / 2018 vom 28.02.2018 der Sächsischen Landesbehörde zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Vor wenigen Wochen hat sich im Vogtland ein neuer Verein gegründet, der die Geschichte der Demokratie in Plauen und im Vogtland stärker in die Öffentlichkeit rücken will. Die revolutionären Ereignisse im Herbst 1989 und besonders am 7.10.1989 bilden einen wichtigen Teil der geplanten Zeitzeugenarbeit in und außerhalb von Schulen. Es geht um die Wechselwirkungen zwischen National-, Regional- und Landesgeschichte. Der Verein möchte Grundlagen für die Aufarbeitung und Vermittlung von Zeitgeschichte in der Grenzregion Vogtland schaffen.

Am 1. März 2018 stellt sich der Verein in der Jugendherberge „Alte Feuerwache“ erstmals der Öffentlichkeit vor. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr. Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wird anwesend sein, ein Grußwort halten und als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Um 18.00 Uhr gibt es zudem die Möglichkeit, den Schauraum "Forum 89“ im Nachbargrundstück Oberer Graben 20 zu besichtigen. Dort befindet sich jener Wasserwerfer, mit dem die Staatsmacht am vom 7.10.1989 gegen Demonstranten vorging. Die Zukunft dieses authentischen Ortes steht auf der Kippe, und der Landesbeauftragte will helfen, diesen Ort und die dort mögliche Vermittlung deutscher Zeitgeschichte stärker in den Vordergrund zu rücken.

Dazu braucht es Kommunikationsmittel zur Ansprache der Bevölkerung, Honorare für Recherchen und die Durchführung von Interviews, technisches Equipment und eine wissenschaftliche Begleitung des Ganzen. In Kooperation mit kommunalen Partnern soll zudem eine Onlineplattform entstehen: eine Datenbank zu Erinnerungs- und Gedenkorten mit Zeitzeugenarchiv und persönlichen Erlebnissen in Wort und Bild.

„Die Intensivierung der Aufarbeitungsaktivitäten im Vogtland und im ehemaligen sächsischen deutsch-deutschen Grenzraum ist sehr zu begrüßen. Ich unterstütze diese ausdrücklich, auch um eine Aufarbeitungslücke im Vogtland, aber auch für Westsachsen generell zu schließen. Der Gedenkort am Kassberg-Gefängnis in Chemnitz, das Frauenzuchthaus Hoheneck, die ehemalige deutsch-deutsche Grenze im sächsischen Vogtland und Plauen ‘89 sollten neben Dresden und Leipzig noch stärker in das Bewusstsein gerückt werden. Dafür sind letztlich auch zusätzliche finanzielle Mittel nötig“, so Lutz Rathenow.

Dr. Nancy Aris
Stellvertretende Landesbeauftragte

Anm.: *Der vorstehende Beitrag wurde wegen der Bedeutung trotz des verstrichenen Termins in die Fg genommen.*

Vogtland war Zentrum des Widerstands

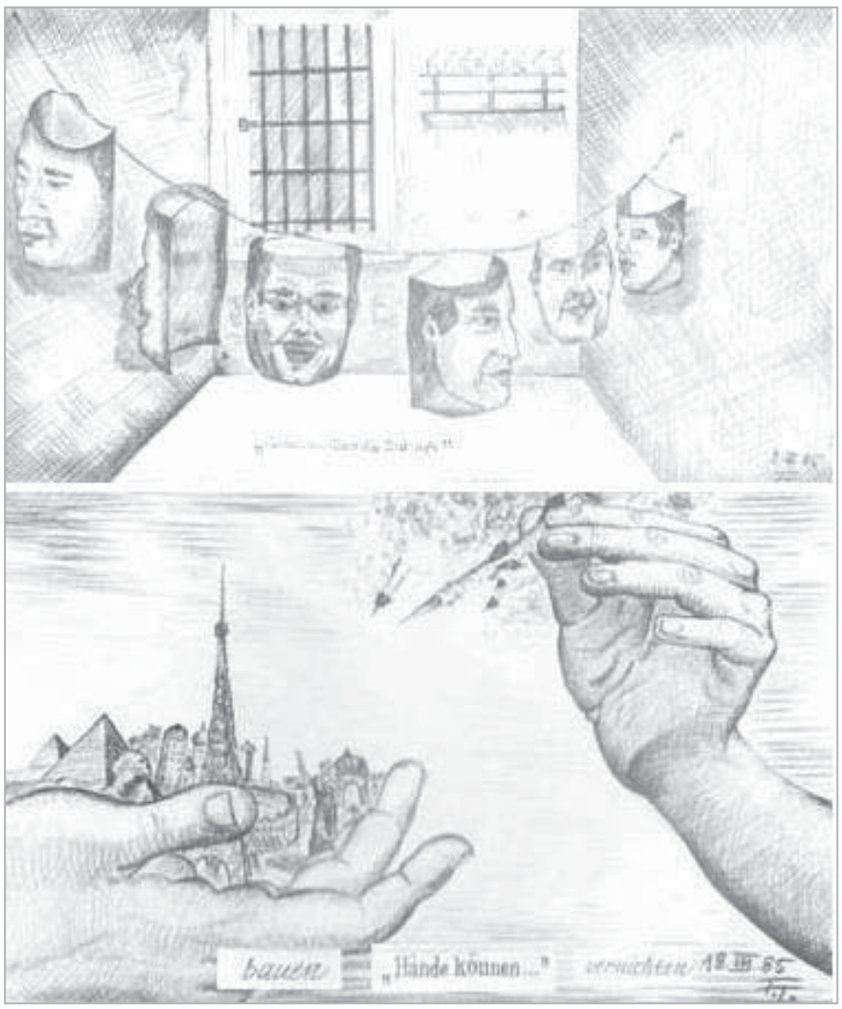
Auch die VOS ist in der Region stark vertreten

Plauen im Vogtland gehörte zu den Städten in der DDR, in denen die Bürgerbewegungen eine bedeutende Rolle spielten. Hier gründeten sich starke Widerstandsgruppen, und zum „Tag der Republik“ fanden 1989 Massendemonstrationen statt, an denen mehr als 10.000 Menschen teilnahmen.

Auch die VOS war in dieser Region (nicht nur zahlenmäßig) mit einem hohen Anteil vertreten. Bereits in den Wendezeiten kamen ehemalige politische Häftlinge zusammen. Sie konnten nach Jahrzehnten des Redeverbots endlich über ihre traumatisierenden Erfahrungen aus der Haft berichten.

Vor allem in Reichenbach, der Geburtsstadt des Widerständlers Jürgen Fuchs, bildete sich eine starke Bezirksgruppe, die anderen Opfern half und diese in Reha-Fragen kompetent beraten konnte.

Valerie Bosse



Vom großen Denkmal bis zur Fußgängerampel wird viel geboten

Das Jubiläumsjahr zum 200. Geburtstag von Karl Marx birgt manche fragwürdige Überraschung

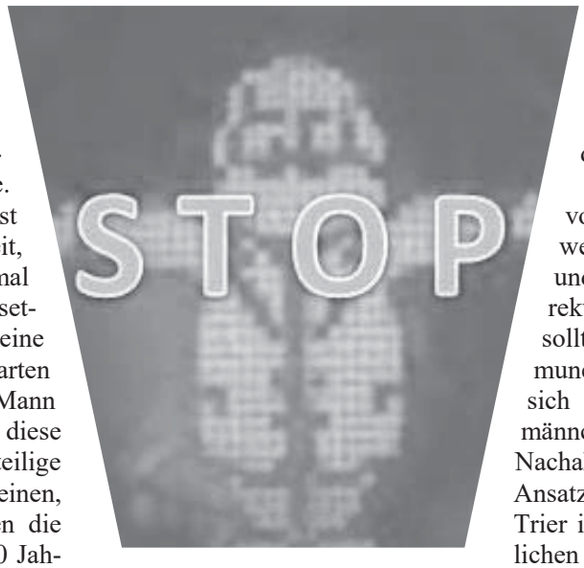
Um Verkehrsregeln, Verkehrszeichen und Verhaltensweisen im Straßen- bzw. Fußgängerbetrieb gab es schon manchen Zwist. Man erinnere sich an den Grünen Pfeil oder die Karikatur jenes Männchens, das in diversen Ampeln das Signal zum Laufen oder Stehenbleiben gab. Die einen wollten es, die anderen lehnten es ab. Wie gesagt, das war ein Zwist.

Nun geht es wieder um Ampeln, um ein Symbol, das man vermutlich gar nicht mehr als „Männchen" bezeichnen darf, weil man in eine ideologische und juristische Falle tappen könnte. Diesmal ist es auch kein Zwist und wohl nicht mal ein Streit, den wir erleben, nein diesmal bahnt sich eine Auseinandersetzung an, die demnächst in eine handfeste Konfrontation ausarten könnte. Es geht um einen Mann von Bedeutung, wobei sich diese Bedeutung in klar gegenteilige Auslegungen aufteilt. Die einen, das sind seine Opfer, wollen die Erinnerung an diesen vor 200 Jahren in der Stadt Trier geborenen Mann aus gutem Grund nicht glorifiziert sehen, die anderen wollen diese Erinnerung in möglichst schillernder Weise zelebrieren und eigentlich auch ausbeuten. Letztere, das sind nicht nur Linke, sondern ganz unbedarfte Mitbürger.

Der Mann, der im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht, ist Karl Marx. Wir haben oft genug über die Versuche berichtet, die im Rahmen kommerziell motivierter Aktionen zu seiner Popularisierung führen sollten. Noch in der letzten Fg-Ausgabe berichteten wir über die konsequenten Proteste mehrerer VOS-Mitglieder gegen die Bahn AG, als diese einen ICE nach dem in Trier geborenen Philosophen und Wirtschaftswissenschaftler benennen wollte.

Nun stehen wir vor einem (mehrfachen) Déjà-vu. Neubrandenburg, Trier und andere Orte des umstrittenen Erinnerns befinden sich in unserem Blickfeld. Neubrandenburg etwa ist ein Ort, in dem sich Marx niemals aufgehalten hat, und soweit bekannt, wird die Stadt in dem umfangreichen Gesamtwerk weder in Briefen noch in Aufsätzen erwähnt. Die Aufnahme einer Marx-Skulptur in die städtische Sammlung wurde dennoch beschlossen.

Trier hat hingegen einen direkten Bezug zu dem mittlerweile schon oft genug in Stein gemeißelten Denker. In dieser Stadt erblickte



Karl Marx das Licht der Welt. Dies ist im Mai 200 Jahre her. 1818 bis 2018, Mutige (oder sind es Ahnungslose?) sprechen angesichts dieser runden Jahreszahl von einem wichtigen Marx-Jahr, und die Stadt – vertreten durch Politik und Medien – trachtet danach, diesen Anlass in einen touristisch attraktiven Effekt umzumünzen und für den bärtigen „Mohr", wie Engels ihn in seinen Briefen anredete, ein Maximum an Reklame zu offerieren. Natürlich geht es dabei nicht um die Auszüge seiner Schriften – ein paar der üblichen Schlagwörter und Zitate ausgenommen –, denn diese Schriften wird wegen der ermüdenden Länge und der geschwundenen Aktualität kaum jemand lesen. Vielmehr zieht man sich an der Person des ungewöhnlichen Mannes hoch. Man bringt ihn – auf nicht mal unoriginelle Weise – in die Öffentlichkeit: als Ampelmännchen.

Ja, der Leser darf seinen Augen durchaus trauen. Die Marx'sche Gestalt soll eine Fußgängerampel zieren. Das herkömmliche „Ampelmännchen", das vormals schon viel Aufregung und später gute Tantiemen verursachte, soll nunmehr in Trier an fünf von 73 Übergängen als Ampelzeichen durch die Gestalt von Karl Marx ersetzt werden. Bei der Farbe Rot wird der Fußgänger durch eine gedrungen massig wirkende Gestalt zum Stehenbleiben aufgefordert, bei Grün gibt ein munter bewegliches Männchen den Weg frei. Bei beiden Varianten wird Marx durch die Kontur des Kopfes und den Bart erkennbar.

Die Stadt verspricht sich von dieser Maßnahme ein weiteres öffentliches Interesse und möglicherweise einen direkten kommerziellen Effekt, sollte die Idee für andere Kommunen interessant werden und sich – wie beim „Ost- Ampelmännchen" zahlungswillige Nachahmer finden. Das ist vom Ansatz her legitim, zumal sich Trier insgesamt mit einem freundlichen Stadtbild präsentiert und ein Besuch lohnenswert ist. Allerdings, neu ist der Gedanke des modifizierten Ampellichtbildes nun keineswegs, auch andere Städte haben ihre die Signalgebung mit individuell gestalteten Schablonen ausgestattet.

Immerhin, das Vorhaben kommt gut an. Da man in Trier von einem Jubiläumsjahr spricht und im Mai auch endlich die fünfeinhalb Meter hohe Bronzestatue des berühmtesten Sohnes der Stadt aufgerichtet werden soll, sieht man die Bedeutung von Marx offenbar einseitig.

Die Gestalt des Ampelmännchens kommt als eine drollige Ergänzung zur sich ausbreitenden Marx-Sympathie daher, sie soll ein frohes und leichtes Lebensgefühl schaffen. Ganz im Gegensatz übrigens zur Lebensweise des nach London geflohenen Marx, der stets von Geldsorgen geplagt war und sich von jedem politischen Konflikt auf dem Erdball den Ausbruch einer proletarischen Revolution erhoffte.

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

Der „Ampel-Marx“ wird damit ein solider Baustein zur Verharmlosung und oberflächlichen Betrachtung des dickbändigen Mega-Werkes und seiner global katastrophalen Auswirkung auf die Menschheit. Kommunismus ohne Marx ist nicht möglich. Immer schon haben sich grausame Diktatoren auf ihn berufen, egal dass sie, je mehr sie ins Wanken gerieten, sich durch eigene Auslegungen und Rechtfertigungen von der reinen Theorie entfernten. Stalin, Mao, die Kim-Dynastie und andere, die in der Geschichtsschreibung nur am Rande erwähnt werden, sind stumm und bluttriefend mahnende Beispiele.

Ob Marx selbst diesen öffentlichen Rummel wollte, ist nicht überliefert. Er strebte nach wissenschaftlicher Anerkennung und wollte die Umwandlung des wirtschaftlichen und politischen Systems der kapitalistischen Gesellschaft in eine Diktatur der Arbeiterklasse. Er hat den Umsturz propagiert, aber viele Faktoren bei der Gestaltung der ihm vorschwebenden neuen Hierarchie nicht berücksichtigt. Die Praxis hat gezeigt, dass er vor allem eins nicht ins Kalkül gezogen hat: das Bewusstsein der Menschen. Die, denen das großartige Heil des Sozialismus-Kommunismus übergestülpt wurde, lehnten dasselbe am meisten ab oder duldeten es still leidend, da sie keine Mittel hatten, sich gegen die Gewalt der Diktatoren aufzulehnen. Und doch gab es seit 1953 in den Ostblockländern mehrere Massenaufstände, die nur mit militärischen Mitteln beendet werden konnten. In Polen ist dann 1979 mit Solidarność genau jene Klasse gegen ihren vermeintlichen Heilsbringer und seine Funktionärsnachfolger aufgestanden, deren Missionierung die Marx’sche Theorie galt. In den anderen Moskauer Satellitenstaaten wurde der bärtige Halbgott zehn Jahre später bei den Massendemonstrationen auf Plakaten und mit Parolen bedingungslos verdammt.

Man darf, wenn man von der Umsetzung des theoretischen Werkes redet, daher nicht nur auf die vielen Opfer hinweisen, die im vorigen Jahrhundert zu verzeichnen waren. Es sind, wie man beim Zerfall des Ostblocks gesehen hat, Millionen, die Marx, Engels oder Lenin konsequent ablehnen, weil sie in ihnen die Verursacher von Verfolgung, Unterdrückung und globalen Aggressionen sehen. Die Rolle der Sowjetunion als zentrale Kraft des Jahrzehnte währenden kommunistisch legitimierten Terrors wird wegen ihrer unglaublichen Dimension inzwischen kaum noch erwähnt. Und wenn doch, dann wird ihre Spur bestenfalls bis zu Lenin zurückverfolgt. Damit werden die Verbrechen, die durch diesen Unrechtsstaat mit Berufung auf den Marxismus begangen wurden, vertuscht und verharmlost.

Marx selbst war in seiner Zeit als Person, Autor und Politiker lediglich eine Randerscheinung, von der kaum jemand Notiz nahm. Er ist nach London geflüchtet, nachdem ihm in Preußen ein politischer Prozess gedroht hat. London war seinerzeit ein liberaler Zufluchtsort für viele Dissidenten, während es in den deutschen Kleinstaaten politische Prozesse und in Preußen gar ein Ministerium für Zensur gab. Marx hat nach dieser Flucht vor allem wissenschaftlich gearbeitet und Artikel in einigen Zeitungen veröffentlicht, die wenig beachtet wurden. Es ist müßig zu spekulieren, ob er sich der Auswirkungen seiner Theorien bewusst war.

→ nächste Seite oben

Wider den Marx-Wahn 2018. Auch wenn es keiner hören will!

MaximilianMeurer setzt sich im Namen aller ehemaligen politischen Häftling gegen den Marx-Kult in Trier ein

Offener Brief an die Fraktionen der CDU, der SPD, der Grünen, der UBT, der Linken, der AfD und der FDP im Stadtrat von Trier

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit Wut und Trauer zugleich, müssen wir ehemaligen politischen Häftlinge und Verfolgte des Kommunismus erleben, wie der Stadtrat von Trier nicht nur dem geistigen Vater und Architekten des totalitären Kommunismus Karl Marx ein Denkmal setzt, nein, die Krönung des Ganzen ist dann noch die Verharmlosung und Verniedlichung dieses Wegbereiters der proletarischen Diktatur durch die Installierung von Marx-Ampelmännchen in Ihrer Stadt.

Was für eine Verhöhnung der SED-Opfer und welch eine Schande für die Demokratie. Den Vogel schießt dann der Trierer Sozialdemokrat Leibe ab, welcher sich im DLF 24 damit rühmt, dass man mit dieser Aktion Flagge für Karl Marx zeigen wolle.

Die ehemaligen politischen Häftlinge und Verfolgten des Kommunismus sind dreißig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ja einiges gewöhnt, aber das ist der Gipfel der moralischen Verkommenheit und verhöhnt alle Verfolgten und die 100 Millionen Todesopfer kommunistischer Regime weltweit. Wer zeigt denn Flagge für die zig Millionen Toten und Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft? Wo bleibt ihr Einsatz für die vielen Verfolgten und Entrechteten des Kommunismus?

Viele noch lebende Opfer sind entweder krank oder leben in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen. Ist das ihr Dank für den Einsatz dieser Menschen für Demokratie und Freiheit? Schämen Sie sich!

Revidieren Sie Ihre Entscheidung und machen Sie aus Trier keinen Wallfahrtsort für Marxisten, Stalinisten, Kommunisten und Marx-Nostalgiker!

Wittlich, d. 20.03. 2018
Maximilian Meurer,

→ von voriger Seite

Politik als solche ist immer eine Sache, die vielen aktuellen Einflüssen unterliegt. Wenn Politiker geschichtlich große Erfolge zustande bringen, erfahren sie zugleich auch Schmähungen, was man bei Bismarck, Konrad Adenauer, Strauß oder Helmut Kohl erfahren kann.

Karl Marx hat eine umfassende Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems erarbeitet. Das ist eine anerkennenswerte Leistung. Er hat, sicherlich für viele schwer verständlich, die Vorgänge und Abläufe auf nahezu allen Ebenen erkannt und beschrieben. Ob diese Analyse heute noch gültig oder anwendbar wäre, darf man aus gutem Grund bezweifeln. Die heutigen bürgerlich demokratischen Systeme sind durch grundlegende Menschenrechte offen und sozial, sie werden durch freie Wahlen bestimmt. Es herrschen Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit. Daran ändern auch kollektive Unzufriedenheiten und politische Grabenkämpfe nichts. Hätten wir in unserer Gesellschaft noch die von Marx vorausgesetzte Unterdrückung und Ausbeutung, könnte es keine linke Oppositionspartei und keine freien und unabhängigen Medien geben, dann könnte nicht mal der hier zu lesende Beitrag erscheinen. Jeder weiß, dass es in den Staaten, die sich auf den Marxismus beriefen und noch berufen, Freiheit und Demokratie bestenfalls als hohle Phrase auf dem Papier gibt. Im Juni 2019 jährt sich die blutige Niederschlagung des Aufstandes der chinesischen Studenten auf dem Platz des himmlischen Friedens in China zum dreißigsten Mal. Das war ein Beispiel aus dem Lehrbuch des praktizierten Marxismus, das nun mit einem drolligen Ampelmännchen kaschiert wird. Warum listet man nicht endlich die Verbrechen auf, die unter Berufung auf Marx den Tod von Menschen zur Folge hatten? Man könnte sie ähnlich wie die Mauerkreuze in Berlin an den Fußgängerampeln in Trier befestigen. Dazu der Hinweis: Auch das ist Marx!

Bei all dem ist und bleibt Karl Marx – und eng damit verbunden der wegen seiner Sprachhinderung im Hintergrund agierende Engels – eine der prägendsten Gestalten der deutschen und der Weltgeschichte. Niemand wird an ihm vorbeikommen. Dass er mittlerweile einen Promi-Status bekommt, der seine Person von der geschichtlichen Rolle, die ihm zukommt, loslöst, wird uns, die wir als Kommunismus-Opfer unser Schicksal mit ihm verbinden, nicht abhalten, Wahrheiten zu sagen und Warnungen abzugeben. Der Kommunismus lebt nicht nur als schicke Idee in den Köpfen Intelektueller oder als Schablone in Fußgängerampeln. Er wandelt seine Erscheinungsformen und sucht sich wie jeder Virus und jede Epidemie neue Herde. Er lebt in China und in Nordkorea und in den Köpfen vieler Intellektueller der westlichen Demokratien. Und niemand weiß, ob er nicht schon Wladimir Putin in den Rock gekrochen ist.

Wenn man nun Marx und sein Werk auf ein Ampelmännchen reduziert, verwischt man die Folgen, die aus seiner Ideologie entstanden sind. Ob gewollt oder nicht, man verletzt Millionen Opfer, die im Kommunismus zu Tode kamen und jene, die überlebten, aber fürchterlich gelitten haben, man trübt den Blick auf die Vergangenheit und legt vieles falsch aus. Vor allem setzt man jedoch für die Zukunft falsche Akzente.

Tom Haltern

Foto*: Gedenkstein in Dresden zur Erinnerung an die friedlichen Demonstrationen 1989 (© ARK)*

Eine grobe Missachtung der Diktatur-Opfer

Protestschreiben an Bahn AG

Zu den Protestlern aus den Reihen der VOS, die sich gegen die Benennung eines ICE nach Karl Marx aussprachen, gehörte auch die Bezirksgruppe Rhein-Ruhr, die bereits am 17. Januar an den Vorstandsvorsitzenden der Bahn AG schrieb:

Mit Verärgerung und Empörung haben wir von Ihrer Absicht gehört, einem Zug der neuen Baureihe ICE 4 den Namen Karl Marx zu verleihen. … Karl Marx ist der Urvater der kommunistischen Ideologie, die spätestens seit 1917 unsäglich viel menschliches Leid, Unglück und millionenfachen Tod in ganz Europa und nicht zuletzt in Deutschland maßgeblich verursacht hat.

Es wäre eine grobe Missachtung gegenüber den Opfern der kommunistischen Diktatur – denen wir mit unserer Opferorganisation eine Heimstatt geben – sowie auch vielen anderen Menschen, gerade im Osten Deutschlands, wenn Sie einen ICE mit dem Namen Karl Marx quer durch Deutschland fahren lassen würden.

Detlef von Dechend
Vorsitzender der
VOS- Bezirksgruppe Rhein-Ruhr

Diese Antwort kann nicht befriedigen

Bürgermeister von Neubrandenburg reagiert irritierend

An der Bundesstraße 96 in Neubrandenburg (Bereich Neustrelitzer Straße/ Bethanienberg) existiert eine Gleisanlage/ Bahndamm. Dieser Damm gehört zum Waldbaulager. Er wurde durch Frauen des Konzentrationslagers unter den Bedingungen grausamer Zwangsarbeit errichtet und kostete viele Opfer. Die Zahl der Frauen, die hier seinerzeit ums Leben kamen, ist unbekannt.

Nördlich der Bergstraße in Neubrandenburg existiert die Verladerampe, die für TAUSENDE Menschen die in das Lager Fünfeichen geschafft wurden, zum Ort des Todes wurde. In dieses Lager verbrachte man Menschen, Soldaten unterschiedlichster Religionen und vieler Nationen. Darunter amerikanische, polnische, russische, holländische, französische, serbische und belgische Zwangsarbeiter. Von etwa 300 russischen/sowjetischen Juden ist bekannt, dass sie im Lager Fünfeichen *selektiert* wurden. Danach schaffte man sie in das Konzentrationslager Sachsenhausen und richtete sie dort per Genickschuss hin.

Der Autor dieses Artikels bat den Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg bereits am 22. November 2016 um Eintragung dieser Orte in die Denkmalliste der Stadt Neubrandenburg. Am 11. Dezember 2017 – mehr als ein Jahr nach der Anfrage – teilte der Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg mit, dass die untere Denkmalschutzbehörde aufgrund mangelnder personeller Ausstattung nicht in der Lage sei, hier tiefgründige (Archiv-) Recherchen auszuführen und dass dem Autor empfohlen wird, hierzu die Fakten und Recherchen zur Historie zu unterlegen, damit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege eine beurteilungsfähige Grundlage über die Entscheidung bezüglich des Denkmalwertes übergeben werden kann.

Kann diese Arbeit durch nicht ausgebildete Historiker erbracht werden und entzieht sich so die Kommune ihrer Verantwortung?

André Rohloff

Beifall für Marx- Skulptur, Opfer der Diktatur bleiben unerwähnt

Werden hier die Würde und die Leiden der Opfer mit Füßen getreten?

Ein Kommentar zum nebenstehenden Beitrag von A. Rohloff

Zum Verhalten der Stadt Neubrandenburg bzw. zum Antwortschreiben des Oberbürgermeisters muss man fragen, ob derartige Aufgabendelegierungen neuerdings zur allgemeinen Verfahrens- und Arbeitsweise von öffentlichen Institutionen, die im Auftrag der Steuerzahler tätig sein sollen, gehören sollten. Wäre es an dem, könnten Bürgerinnen und Bürger künftig auch anderweitig kommunalpolitische Entscheidungen durchsetzen und wir bräuchten weniger oder keine Abgeordnete. Sicherlich könnte man mit diesem Prinzip auch der personal aufgeblähten Konstellation des Bundestages entgegenwirken.

Unumgänglich ist die Anmerkung, dass es sich bei der Bitte von Andre Rohloff um Schicksale von Menschen handelt, die unschuldig der Willkür von Diktaturen zum Opfer gefallen sind. Hier sind Respekt und Demut angebracht, und wenn jemand – egal wer – meint, sich durch Überbelastung und Zeitverzögerung einer unabdinglichen Pflicht entziehen zu dürfen, so ist das äußerst bedauerlich.

Wie man nachlesen kann, wurde in Neubrandenburg hingegen heftig und mit breiter Zustimmung um die Übernahme einer Skulptur von Karl Marx, über dessen Wirken in Neubrandenburg allerdings nichts bekannt ist und sich somit auch kein direkter Bezug ergibt, in die städtische Kunstsammlung diskutiert. Abgesehen von der Fragwürdigkeit dieser Maßnahme muss man mit Bezug auf die angeblich fehlenden Kapazitäten für die Recherchen in Sachen Diktatur-Opfer fragen, wo die Prioritäten angesiedelt sind. Ehrt man den geistigen Urheber einer Diktatur und folgt damit dem inzwischen in der Gesellschaft eingetretenen Verniedlichungstrend, um zugleich das Gedenken an die Opfer dieser und einer anderen Diktatur einen eleganten Bogen zu machen? *B. Thonn*

Die versteinerte Unerbittlichkeit

Die Verklärung im Marx-Jahr

Wenn man sich die Mühe macht und die vielen Skulpturen und Denkmäler, die es von Karl Marx und – trotz der immer schwächer werdenden Proteste – noch geben wird, so stellt man eines in nahezu all diesen Werken fest: Es ist die zu Stein gewordene Unerbittlichkeit, die aus den nachgearbeiteten Gesichtszügen spricht. Damit wird der Charakter des großen Kommunismus-Vordenkers im Denken wie auch im Handeln offenbar. Diese immer wieder zitierte Weisheit, *die Philosophen haben die Welt bisher nur unterschiedlich interpretiert, es kommt vielmehr darauf an, sie zu verändern* – ein Zitat aus den Marx'schen Thesen über Ludwig Feuerbach – hat in der Geschichte der Menschheit schlimme Spuren hinterlassen. Sämtliche Modelle, die im Sinne dieses Zitats geschaffen wurden, sind missglückt, sie konnten sich nur durch Gewalt und Verlogenheit am Leben halten und hatten dann oft genug nicht mehr mit dem Marx'schen Streben nach Abschaffung der Ausbeutung zu tun. An den Händen so vieler selbst ernannter Marxisten klebt Blut, das Wirken der Diktatoren ist mit schreiendem Unrecht verbunden.* Vertreibung, Krieg und Mord gehen zu Lasten der Marx-Doktrin. Sollte man also nicht in all die Denkmäler und Skulpturen des großen Denkers die Namen von Lenin, Mao und anderen Diktatoren, vorweg den von *Väterchen* Stalin, meißeln und die jeweils siebenstelligen Zahlen der unschuldigen Opfer hinzufügen?

Feststeht, wer die Welt verändern will, sollte das ohne Gewalt tun, dann würden wir keine Diktaturen brauchen. Er sollte vor allem erst schauen, welche Veränderungen gebraucht werden und wem sie nachher nützen. Es ließe sich leichter und gerechter mit dem Marx-Erbe umgehen, wenn man ihn bei seinen Fehlern und Irrtümern nennt, auf die Überlebtheit seiner Theorie hinweist und an die Millionen Opfer erinnert, die er verursacht hat. *H. Diederich*

** Passage entnommen bei web-site first-minute-buecher.de / aktuelles*

Lebens- und Haftgeschichten als spannender, authentischer Lernstoff

NRW-Zeitzeugen-Projekt arbeitet auch in diesem Jahr sehr erfolgreich mit Jugendlichen

Mit sehr guter Resonanz verlief in den Monaten Februar bis April das Zeitzeugen-Projekt der VOS in NRW. Mehrere Vertreter unseres Verbandes agierten an den Gymnasien bei unterschiedlicher Teilnehmerzahl, konnten aber immer eine rege Beteiligung verzeichnen. Sowohl die Lehrerinnen und Lehrer wie auch die Jugendlichen zeigten sich zutiefst beeindruckt. Das Fazit, dass erlebte und nunmehr vorgetragene Geschichte einen anderen Stellenwert in der Vermittlung von Lehrstoff hat als der rein theoretische Unterricht, gehört zu den Aussagen, die die Wichtigkeit des Zeitzeugen-Projekts bestätigen und den Akteuren Mut für weitere Veranstaltungen machen. Immer noch, und dies ist nicht neu, wird das Thema DDR-Unrecht gar nicht mehr im Unterricht abgehandelt, obwohl es die Rahmenlehrpläne der Jahrgangsstufen eindeutig vorsehen.

Da sich innerhalb des NRW-Zeitzeugen-Projekts für die nächsten Jahre personelle Veränderungen ergeben, sind mittlerweile auch die Formen der Auftritte verschieden. So sind bei einigen Veranstaltungen mehrere Zeitzeugen gemeinsam aufgetreten, so dass kein von der Uni Bochum gestellter wissenschaftlicher Betreuer anwesend war. Für die Schulklassen und Lehrer machte dies keinen Unterschied, und auch die Zeitzeugen selbst hatten keine Mühe, über ihre persönlichen Erfahrungen und die einstigen politischen Verhältnisse zu sprechen.

August-Dicke-Gymnasium in Solingen

Hervorzuheben aus dem Programm des ersten Quartals 2018 ist zunächst der Zeitzeugen-Unterricht vom 5. März an der August-Dicke-Schule in Solingen. Hier hatte Geschichtslehrer Ingolf König (unter Anwesenheit der Presse) neben den Organisatoren des Projekts – Detlef von Dechend und Christoph Becke – den Landesvorsitzenden der VOS in NRW Felix-Heinz Holtschke (Foto), der seit mehr als 30 Jahren in Nordrhein-Westfalen lebt, eingeladen, um den Schülern dessen Lebens- und Haftschicksal im SED-Staat vorzustellen.

Felix-Heinz Holtschke stammt aus der Nähe von Görlitz (Neiße-Region), er ist Jahrgang 1950 und wurde wegen „Versuchter Republikflucht“ in den 1980er Jahren in der DDR inhaftiert. Bereits als Schüler war er der Stasi aufgefallen, weil er briefliche Kontakte in

Blickpunkt Zeitzeugen

die Bundesrepublik unterhielt. Innerhalb einer FDJ-Versammlung wurde ihm deswegen ein Schulverweis angedroht. Seine freiheitlich offene Haltung verfestigte sich, als er im August 1968 – Holtschke hatte gerade das Abitur in der Tasche – bei einer Radtour sozusagen hautnah den Einzug der Roten Armee in die damalige CSSR in Richtung Prag mit ansehen musste. Mit Panzern und schweren Waffen schlugen die Truppen des Warschauer Paktes das Fünkchen Hoffnung nieder, das sich in Form der Reformbewegung in der Tschechoslowakei entzündet hatte. Es war ein Erlebnis, das in dem 18-Jährigen tiefe Spuren hinterließ. Es folgte ein Ingenieurstudium, danach eine Arbeitsstelle bei der Deutschen Reichsbahn in Berlin. Dort hatte er sein Büro direkt an der Mauer und konnte aus dem Fenster auf den Grenzübergang nach West-Berlin blicken. Diplomaten und andere bevorzugte Bürger konnten mühelos vom Ost-Block in den freien Teil der Welt wechseln. Er empfand das erniedrigend und ungerecht. Hinzu kam die unbefriedigende wirtschaftliche Situation. Nahezu alle hochwertigen Konsumgüter waren knapp und unterlagen langen Wartzeiten. Bei einem Bruttogehalt von 1.200 Ostmark musste man endlos sparen, um sich einen Farbfernseher, der um die 4.000 Mark kostete, leisten zu können. Die Wartezeiten boten dazu freilich Gelegenheit: Vierzehn Jahre musste man für die Auslieferung eines PKW Wartburg angemeldet sein, für einen Gefrierschrank, so man wusste, dass er in einem Geschäft angeliefert worden war, musste man eine ganze Nacht in der Schlange verbringen.

Wie andere unzufriedene Bürger auch, entschloss sich Felix-Heinz Holtschke in den 1980er Jahren einen Antrag auf Ausreise aus der DDR zu stellen. Er tat dies in dem Wissen, dass er – mit ihm seine Frau – dafür die Verhaftung durch das MfS riskierte. Und so kam denn, was auch anderen VOS- Kameraden widerfuhr.

> Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass August Dicke, nach dem das Solinger Gymnasium benannt ist, ein früherer Bürgermeister der Stadt Solingen war. Er lebte von 1859 bis 1929 und amtierte als Ober-Bürgermeister von 1897 bis 1928 bis kurz vor seinen Tod, also mehr als 30 Jahre.

Im November 1984 wurde das Ehepaar Holtschke festgenommen und in die U-Haft überführt. Und das trotz der Schwangerschaft der Frau.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite

Im darauf folgenden Jahr, 1985, wurden Felix Heinz Holtschke und seine Frau zu Haftstrafen verurteilt. Kamerad Holtschke erhielt drei, die Ehefrau zwei Jahre Haft. Und das alles weil das Ehepaar nicht mehr in der DDR leben wollte. Immerhin gab es den Häftlingsfreikauf, und der wurde nach einem Jahr wirksam. Das Ehepaar Holtschke wurde erlöst und zog nach NRW. Erstmals konnte Kamerad Holtschke seine neun Monate alte Tochter sehen und sich auch – erfolgreich – um eine Anstellung in seinem Beruf bemühen.

wiewohl das vielen nicht leicht fällt, denn diese Art des Erinnerns kann bei den Betroffenen leicht den Schmerz und das Unrecht auferstehen lassen.

Bleibt noch nachzutragen, dass Felix Heinz Holtschke auch Einblick in seine Stasi-Akte erhielt. Dort las er die Namen von 21 Inoffiziellen, die gegen ihn im Einsatz waren und dem MfS ausführlich über seine „staatsfeindliche“ Tätigkeit berichteten. Einer der wirkungsvollsten Informanten war allerdings ein besonders guter Freund, den er bereits in Kindheitstagen kannte.

ohne Zögern aburteilte. Das Urteil gegen sie wurde innerhalb kurzer Zeit durch die Hinrichtung unter der Guillotine vollstreckt. Die Schule setzte somit ein klares Zeichen, dass es im Widerstand gegen Diktaturen keine Klassifizierungen und Unterschiede geben darf. Wer sich gegen Missstände wehrt und bestehendes Unrecht deutlich beim Namen nennt und dafür seine Freiheit und die Existenz riskiert, der sollte den nachfolgenden Generationen darüber berichten. Und dies weniger, um seine Geschichte, sondern um die verbrecherische Diktatur zu erklären.

Was die jungen Menschen und der Lehrer über die Bedingungen und die Zustände in der U-Haftanstalt und im Strafvollzug der DDR von dem Zeitzeugen erfuhren, hinterließ eine große Wirkung. Die Enge der Zelle, die Isolation von der Außenwelt, die ständigen Lichtkontrollen in der Nacht, das Flackern der Neonleuchten, dazu die Vernehmungen durch die Stasi-Leute. Später die Vollzugseinrichtung, in der man mit kriminellen Tätern auf engstem Raum eine Zelle teilen musste. Vieles davon ist kurz nach dem Mauerfall getilgt worden. In den Vollzugseinrichtungen wurden Umbauten vorgenommen, um die schändliche Behandlung der Gefangenen zu vertuschen und um das Wachpersonal, von dem mehr als 90 Prozent in den Staatsdienst übernommen wurden, zu schützen.

Man kann vieles, was im Unrechtsstaat DDR geschehen ist, durch theoretische Beschreibungen, so sie überhaupt existieren, nicht mehr vermitteln. Daher ist es wichtig, dass es die Zeitzeugen gibt und diese den Mut haben, die Vergangenheit authentisch darzustellen,

Veranstaltungen in Hamm, Unna, Recklinghausen

Drei Zeitzeugen-Veranstaltungen bestritt in diesem Jahr der Fg- Redakteur Alexander Richter in verschiedenen Städten in NRW. Auch hier war das Interesse groß, zudem verfolgte teils die Presse (ebenso wie bei Felix Heinz Holtschke in Solingen) die Ausführungen und berichtete im Lokalteil darüber.

Ein besonderer Höhepunkt war sicherlich die Geschichtsstunde in der Sophie-Scholl-Gesamtschule am 22. Februar 2018 in Hamm, Ortsteil Bockum-Hövel. Hier versammelte sich der komplette Jahrgang der Klassenstufe zehn, zu dem mehr als 200 Schülerinnen und Schüler gehören, in der Aula der Schule. Dass gerade dieses Datum gewählt wurde, hatte mit dem Namen und der Person Sophie Scholl zu tun, die genau an einem 22. Februar in der NS-Diktatur hingerichtet worden ist.

Sophie Scholl hatte bekanntlich mit der Widerstandsgruppe Weiße Rose Flugblätter verteilt und kam vor den Volksgerichtshof, der sie

Alexander Richter (Foto mit Mikro) war 1982 von der Straße weg verhaftet worden und nach elf Monaten u-Haft zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden, weil er ein Buch verfasst hatte, in dem die DDR „diskriminiert“ wurde. 1985 wurde er durch die Bundesrepublik freigekauft. Er ist seit 1995 Redakteur der Freiheitsglocke und hat mittlerweile 250 Ausgaben auf den Weg gebracht.

Die Veranstaltung in Hamm wurde in gewohnter Weise von Dr. Frank Hoffmann von der Bochumer Ruhr-Uni begleitet. In Recklinghausen tat dies Peter Keup, der sich mittlerweile ebenfalls zum wissenschaftlichen Betreuer qualifiziert. Die Resonanz, die an den Schulen und in der Presse zu verzeichnen ist, spricht dafür, dass das Projekt Zeitzeugen in NRW unbedingt weiter verfolgt werden sollte. Es wurde durch Detlef von Dechend und Herbert Kühn ins Leben gerufen und ist von Jahr zu Jahr erfolgreicher geworden, auch wenn sich einige der Zeitzeugen aus Altersgründen zurückgezogen haben.

Tom Haltern

Plötzlich und unerwartet schien die Diktatur ein Ende zu haben

Die spannende und ergreifende Lebensgeschichte eines ehemaligen Rußlanddeutschen

Der in Mariental in der Nähe von Odessa im September 1941 geborene schwarzmeerdeutsche Arzt Dr. Simon Grübel schildert unter dem Pseudonym Viktor Kraft (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen österreichischen Maler oder dem Wissenschaftler selbigen Namens) sein abwechslungsreiches, partiell grausames Leben und verknüpft Persönliches mit Gesellschaftlichem unter den schwierigen Bedingungen des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion und während der Nazi-Diktatur in Deutschland sowie in der sowjetischen Nachkriegszeit bis zu seiner Ausreise aus der damals noch von Gorbatschow regierten Sowjetunion in die Bundesrepublik 1991.

Diese außerordentlich interessante Familiensaga zeigt nachdrücklich, welch ein schweres Schicksal die einstmals mit großen Versprechungen von der Zarin Katharina II. ins russische Reich geholte deutsche Volksgruppe im 20. Jahrhundert unter den unmenschlichen Bedingungen einer ständigen Überwachung durch die skrupellosen kommunistischen Funktionäre zu ertragen hatte. Die bewusste Ausgrenzung von allen Bürgerrechten, die systematische Verfolgung durch den Geheimdienst und die massenweise, gnadenlose Internierung während der Stalin-Ära sind die breit angelegten, Grausamkeiten, die der kommunistische Diktator selbst angeordnet hatte.

Als sich die Rote Armee 1944 dem Heimatort der Familie Kraft nähert, werden alle Familienangehörigen zur Umsiedlung nach Deutschland gezwungen, wo sie in der Gemeinde Dahme im Land Brandenburg unterkommen. Victors Vater Johann Kraft wird ohne militärische Vorkenntnisse zur Wehrmacht eingezogen und als billiges Kanonenfutter gegen die inzwischen übermächtige Rote Armee eingesetzt. Er gerät in sowjetische Kriegsgefangenschaft, wo man ihn des Verrats an der Sowjetunion beschuldigt. Obwohl er unschuldig ist, erhält er eine Haftstrafe von 25 Jahren; er wird in ein Lager im ostsibirischen Magadan-Gebiet deportiert, wo er unter menschenunwürdigen Bedingungen schwerste Zwangsarbeit verrichten muss. Seine Familie darf nicht mehr in die alte Heimat an der Schwarzmeerküste zurückkehren, sie wird im offenen Viehwaggon unter unvorstellbaren Strapazen nach Aktjubinsk in Kasachstan verschleppt und muss fortan in einer Kolchose leben und schuften.

Bücher Blick

Von der aufgehetzten Bevölkerung als "Faschist" bezeichnet und aller Rechte beraubt, muss die Mutter Helene unter strengster Bewachung durch den KGB, ohne Anspruch auf Urlaub und Geld und ohne die einfachsten Erleichterungen täglich 12 bis 14 Stunden unvorstellbar schwere Sklavenarbeit in der Landwirtschaft leisten. Es gibt für sie kein freies Wochenende und keine Feiertage. Das Dorf, in das man sie gebracht hat, darf sie bis 1956 nicht verlassen. Stattdessen muss sie sich einmal monatlich bei der örtlichen Miliz melden.

Da Sohn Viktor kein Schuhwerk besitzt, kann er erst mit acht Jahren eingeschult werden. In der Schule erreicht er dann ausschließlich sehr gute bis gute Noten, wird aber – weil das Bildungskontingent für Deutsche sehr begrenzt ist – trotz mehrerer hervorragend bewerteter Aufnahmeprüfungen bis 1963 nicht zum Medizinstudium, für das er sich bewirbt, zugelassen.

Während der Armeezeit in Sibirien kann er jedoch seine Kaderakte für kurze Zeit an sich bringen und in der entsprechenden Rubrik die Angaben zu seiner Nationalität heimlich umzufälschen. So wird aus dem Deutschen ein Urkrainer, und Vitor Kraft wird durch die heimliche Aktion seinen Geiselstatus als „deutscher Fritz“ endlich los. Nachdem er schließlich auf Rat eines gutmeinenden Offiziers als im Sanitätsdienst beschäftigter Sergeant 1962 in die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) eintritt, wird er als Ukrainer mit einer Verspätung von fünf Jahren an einer Hochschule zum Medizinstudium zugelassen. Er arbeitet als Internist in Kasachstan und später in Rybinsk in Nordrußland.

Wegen einer schweren Asthma-Erkrankung seines jüngsten Sohnes sucht er eine Tätigkeit auf der weniger stark umweltbelasteten Halbinsel Krim und beginnt dort bald mit der Abfassung seiner Doktorarbeit, die er 1982 als "Kandidat der medizinischen Wissenschaften " in einer komplizierten Abschlussprüfung erfolgreich verteidigt.

Nach einer Dauer von fast neun Jahren wird Viktors Vater 1953 – inzwischen ist der gefürchtete Tyrann Stalin verstorben – vorzeitig aus der Lagerhaft entlassen und erkrankt zwei Jahre später an einer Apoplexie, von der er sich relativ gut erholt.

Das Leben Viktor Krafts als Arzt in der Sowjetunion ist vom Mangel an allem und in allen Arbeitsstellen geprägt. Dennoch entwickelt sich Victor zu einem Vollblutmediziner, der mit Leib und Seele und viel Freude in seiner Arbeit aufgeht. Er scheut sich nicht, auch unangenehme Wahrheiten offen auszusprechen und verlässt schließlich auf Grund der ständigen Mängel und Hindernisse 1987 desillusioniert die Kommunistische Partei, ein in der diktatorischen Sowjetunion sicher gewagter und daher selten mutiger Schritt.

Einleitungssatz zu diesem Buch:

Wie dein Leiden sich mehrt, so mehr sich die Kraft, es zu tragen.

Johann Caspar Lavater,1741 – 1801
Schweizer Pfarrer und Philosoph

Als plötzlich und völlig unerwartet der damals relativ junge große Reformer Michail Gorbatschow an die Parteispitze gewählt wird und den Kanzler der deutschen Einheit Dr. Helmut Kohl persönlich kennen lernt, ändert sich für die Russlanddeutschen fast alles. Die Übersiedlung nach Deutschland wird plötzlich für viele Rußlanddeutsche greifbar. Obwohl es nicht einfach ist, setzt Viktor mit seiner Familie die Ausreise in die Bundesrepublik durch.

→ nächste Seite oben

→von voriger Seite

Er ist nun nicht mehr ganz jung und muss nochmals vieles lernen, aber fortan ist ein Leben ohne Diskriminierung und ohne politische Zwänge möglich, und auch die persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse bessern sich. Victor arbeitet meist als Bereitschaftsarzt in einer Notfallpraxis, er hilft Kranken, rettet Leben und erfährt ehrliche Wertschätzung.

Dies ist ein ehrliches, flüssig und fesselnd geschriebenes Buch. Es ist kein klassischer Roman, sondern die wirklich beeindruckende Lebenserinnerung eines russlanddeutschen Arztes und eines ehrlichen und freundlichen Menschen. Es ist gleichsam den ausgebildeten Medizinern und allen an der Politik der Gegenwart interessierten Menschen zu empfehlen. Es ist auch ein Buch, aus dem Jugendliche zu allen Zeiten viel lernen können und das sich hervorragend als Stoff für einen spannenden Film eignen könnte. Im Übrigen dürfen wir Leser auf den angekündigten zweiten Teil der Autobiografie gespannt sein. *Dr. Heinz Schneider*

Dr. Simon Grübel: Die spektakulärste Geiselnahme aller Zeiten, Taschenbuch, *14,80 Euro, 180 S.* ***August v. Goethe Literaturverlag****, Frankfurt a. M., ISBN 978387220124*

Vom selben Autor in diesem Verlag erschienen: **Eine späte, fruchtbare Liebe – Die Letzte aus dem Zuhause,** 214, S., 16,80 Euro, ISBN 978387217155

Weitere Bücher über Rußlanddeutsche in den Zeiten des Stalinismus:
David Daudrich: **In Sibirien half uns nur noch Gott**
David Daudrich**: Menschenleben spielten keine Rolle**

Alte Relikte werden nicht entsorgt

Die gefährliche Popularität des Marxismus

✉ *Zirkeltag*! – Die Berliner Mauer ist so lange weg, wie sie stand, doch in den Köpfen vieler Menschen steht sie weiter; es ist das Ergebnis einer verfehlten, nicht selten diabolisch verschleierten Aufarbeitung des blutigsten Kapitels der Menschheitsgeschichte. Die Ideologie des Marx'schen Klassenkampfes erfreut sich 200 Jahre nach der Geburt ihres Urhebers noch immer in einer unbedarften, übersättigten Wohlstandsgesellschaft gefährlicher Popularität. Deren Relikte (Denkmäler, Straßennamen etc.) werden nicht auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt. Stattdessen zaubert man stets aufs Neue eine NAZI-KEULE aus dem Hut, um die Megaverbrechen ROTEN TERRORS in Vergangenheit und Gegenwart zu leugnen. Doch langsam, aber sicher beginnt die verbrecherische Ideologie von Marx, Engels & Co. weltweit zu bröckeln. Denken wie Handeln lassen sich nicht dauerhaft in vorgegebene Schablonen pressen. Den bereits von Ferdinand Lassalle (1825 bis 1864) geforderten Reformen für eine solidarische, freie Gesellschaft gehört die Zukunft.

Fritz Schüler

185 Millionen Euro aus dem SED-Vermögen werden jetzt frei

Darauf hätten die Opfer einen Anspruch!

In seinem nachfolgend abgedruckten Brief vom 12. Januar 2018 weist unser Kamerad Jörg Petzold (inzwischen in Bayern lebend) auf die frei werdenden SED-Millionen hin und mahnt die schamlose Ausbeutung der Haftopfer in den Strafanstalten an. Zudem erinnert er auf die damalige Bürgschaft („Milliardenkredit"), die der verstorbene Ministerpräsident Strauß der DDR-Regierung zusagte. Strauß verband damit die Freilassung mehrerer hundert politischer Gefangener des SED-Regimes. Im Sommer 1983 besuchte Strauß zudem – für viele überraschend –die DDR.

✉ Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,
Die Ursachen der Verluste der CSU bei den Bundestagswahlen im vergangenen September sind nicht unbedingt in Bayern zu suchen. Sollte es wieder zur GroKo der Verlierer unter Merkel und Schulz kommen, werden meine Sorgen keineswegs kleiner.

Noch boomt die Wirtschaft in Deutschland und durch die EZB ist auch genügend Geld vorhanden. Den Menschen geht es gut, aber viele sehen über den eigenen Tellerrand nicht hinaus.

Mein Anliegen ist aber etwas anderes. Es geht um die Aufarbeitung der roten Diktatur in Deutschland, und da sind noch ein paar Dinge zu bereinigen. Franz-Josef Strauß hat damals durch den Milliardenkredit an Ostberlin viel erreicht, u. a. auch politische Häftlinge freibekommen.

Zurzeit werden wieder einmal 185 Millionen Euro aus dem SED-Vermögen frei, womit auch ehemalige Zwangsarbeiter ein Recht hätten, daran zu partizipieren. Ich fordere Sie auf, machen Sie Ihren Einfluss geltend und unterstützen Sie die Initiative, für diese Menschen etwas zu tun. *Jörg Petzold*

Der dunkle Ort Hoheneck als eines der wichtigen Kapitel

Ein sehr komplex angelegtes Buch über die Probleme und Unfreiheiten von Frauen in der DDR

Die DDR = die Frauen

Dieses Buch „Frauen in der DDR“ von Anna Kaminski ist sicherlich ein anderes als jene Bücher über ehemalige politische Häftlinge, in denen Frauen selbst zu Wort kommen oder über sie berichtet wird und in denen die Haft- und Lebensschicksale aus der Zeit der DDR oder der SBZ (zurecht) mit starken Emotionen geschildert werden. Die Schicksale, die in solchen Büchern enthalten sind, berühren die Leserin und den Leser sehr. Jenes kürzlich in zweiter Auflage erschienene Buch von Frau Kaminski ist anders, es überrascht bereits beim Durchblättern. Es stellt die Situation von Frauen in der DDR auf fast allen Ebenen und mit ihrem Bezug zur Gesellschaft dar und hält dabei dennoch das erforderliche Maß an Distanz. Es liefert Hintergründe, beleuchtet soziale Brennpunkte, setzt sich mit den unterschiedlichen Problemen der Generationen auseinander und konfrontiert den Leser mit bislang kaum beachteten Belegen. Gleichrangig geht es um Tabu-Themen wie den Umgang mit homosexuell veranlagten Frauen (und Männern) oder Frauen mit Obdachlosen-Status. Auch Inhalte, die nicht unbedingt wichtig erscheinen, dennoch Einblicke in das Verhalten von Frauen geben, werden nicht ausgespart. Etwa: Mit welchen Finessen und Improvisationen schaffen es Frauen, sich im Sozialismus chic und modern zu kleiden?

Zeitlich gesehen ist der Inhalt ebenfalls breit angelegt. Die jeweiligen Entwicklungsphasen der DDR sind detailliert beschrieben, so dass man von den entbehrungsreichen Aufbruchsjahren bis zum Zusammenbruch erfährt, wie sich die Regierung des SED-Staates abmüht, die Rolle der Frauen in der Gesellschaft – im eigenen Interesse – zu stärken und doch von Beginn an zu sehen ist, dass sie nicht in der Lage, aber auch nicht gewillt ist, die Realität des sozialistischen Lebens und das Bewusstsein der Menschen vorauszusetzen bzw. zu akzeptieren.

Durch die Darstellung einer Vielzahl von gestrafften Einzelbiografien aus unterschiedlich sozialen und beruflichen Milieus erhält der/ die Lesende einen komplexen Eindruck über die wachsenden Ansprüche, Ziele und Lebensformate von Frauen in der sozialistischen Gesellschaft. Nimmt man Einzelfälle wie linientreue Sportlerinnen, Schriftstellerinnen mit SED- Mitgliedschaft oder eingenordete Schlagersängerinnen aus, ergibt sich für fast alle Frauen ein wesentlicher Nenner: die Unzufriedenheit.

Diese Unzufriedenheit hat verschiedene Ausdrucksformen und Qualitäten. Sie ist – das muss man letztlich einräumen – in Einzelfällen nicht vordergründig diesem SED-Staat anzulasten, wiewohl das im sozialistischen Staat üblicherweise getan wurde und der Staat ja selbst jedes individuelle Problem auch als Form eines gesellschaftlichen Konflikts betrachtete und sich dementsprechend einmischte, sie hat auch mit persönlichem Scheitern, mit Selbstüberschätzung und eigener Unvollkommenheit zu tun.

Die drastische Form der Unzufriedenheit äußert sich im offenen Protest, im Widerstand, im Ausreisebestreben. Die einen wollten die DDR verändern und – mit mehr Rechten und ohne Zwänge – in ihr weiter leben; die anderen wollten, dass mit diesem im Grunde nicht durch das Volk legitimierten Staat schluss ist. Entweder indem sie ihn verließen oder durch seine radikale Beseitigung. Als Opposition ergibt dies ein äußerst breites Spektrum, und der/ die Lesende hat genügend Spielraum für eigene Bewertungen oder tiefergehende Recherchen. Auffällig ist der hohe Anteil der Frauen, die sich als Oppositionelle eingebracht haben. Die Bedingungslosigkeit und die Konsequenz, mit der sie es taten, werden durch dieses Buch noch einmal klar herausgearbeitet, sie geben Anlass zum Denken und zu der Frage, ob Frauen mehr Mut, Übersicht und Durchsetzungskraft haben. Bärbel Bohley, Bettina Wegner, Ulrike Poppe, ganz früh auch die unvergessene Edeltraud Eckert, um die viele heute noch trauern, stehen für viele andere. Auf der Liste der Ausgereisten finden sich u. a. Bärbel Große oder Edda Schönherz, die es in der DDR nicht mehr ausgehalten haben und für das Bedürfnis freier atmen und sich beruflich anders entfalten zu können die Jahre im Frauenzuchthaus Hoheneck – in dem Buch ausführlich als „der dunkle Ort“ beschrieben – ertragen haben. Was sich für die Abkehrenden ergibt, sind Einschnitte, Enttäuschungen und Tragödien, die nachfolgend Bitternisse für das restliche Leben erzeugen. Und niemand weiß, ob nicht wie bei Bärbel Bohley ein früher, ein unerwarteter Tod seine Ursache in der hohen Intensität des geleisteten Widerstandes und vielleicht auch in der Enttäuschung über einen persönlich nicht erwarteten Deutschland- Verlauf als Folge des rasanten Zusammenbruchs der DDR nach 1989 hat. („Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.“)

Diese Zeit nach 1989, als der Westen die Menschen in den fünf Neuen Bundesländern geradezu überrollte, wird in dem Buch als abschließendes Kapitel behandelt. Es bringt jene Missverständnisse und Enttäuschungen zum Ausdruck, die gerade bei den Frauen der DDR entstanden sind. Die im SED-Staat propagierte Gleich-, zuweilen auch Besserstellung der DDR-Frau trifft unversehens auf die geradezu beleidigende Arroganz des westdeutschen Feminismus und des als spitzfindig empfundenen Genderismus zum einen, zum anderen ist da das unerschütterliche Weltbild der selbstzufriedenen West- Hausfrau kleinstädtischer Prägung, die nur für die Kinder und den Ehemann da ist.

→ *Nächste Seite*

→ von voriger Seite

Es dauert Jahrzehnte, bis sich die Wertvorstellungen angleichen und jene frauenfördernden Maßnahmen und Gesetze, die es in der DDR gab, gar noch in die vergrößerte Bundesrepublik einziehen: Kitas, Elternzeit, Quotenregelungen usw. Und immer weniger Frauen sind es, deren Aufgabe es in dem neuen Gesamtstaat allein ist, für die Familie und ein gemütliches Zuhause zu sorgen. Die Frau als Arbeitnehmerin ist mittlerweile längst Realität.

Stellt sich die Frage: War die DDR nicht doch der bessere, der gerechtere und sozialere Staat? Das Buch gibt die Antwort, ohne sie in den Vordergrund zu stellen: Die Frauen in der DDR werden benötigt, das ist eine wesentliche Erkenntnis. Sie sind als vollwertige Arbeitskraft unentbehrlich, und ohne sie kann es keinen Nachwuchs geben. Letzteres, Jugend, junge Generationen, sind das Potenzial, auf das der sozialistische Staat seit seiner Gründung setzt. Jene Jahrgänge, die die sozialistische Ideologie von Kindesbeinen eingeimpft kriegen, sind frei von den Erfahrungen anderer Systeme, sie sind für die „gute, neue Sache“ begeisterungsfähig. Dass man die „Alten“, die nur geringe Rentenansprüche haben, vor den Kopf stößt, wird ignoriert, obwohl es auch hier – wie man in dem Buch nachlesen kann – Verärgerungen der Betroffenen gibt. Die sozialen Maßnahmen, mit denen der Staat in einer Vielzahl unablässig aufwartet, sind detailliert aufgeführt. Ebenso die jährlichen Grußadressen der SED-Führung zum „Internationalen Frauentag“, einem künstlich konstruierten Fest-Ereignis, das – man muss eigentlich den Kopf schütteln – ebenfalls Einzug in die heutige Werteskala gefunden hat.

Im nächsten Jahr sind es nun drei Jahrzehnte, die diese DDR hinter uns liegt. Es gibt jetzt nicht mal wenige Menschen, die den sozialpolitischen Entwurf der alten Männer des Politbüros für den besseren Weg halten. Der milde Blick verstärkt sich anlässlich der 200. geistigen „Wiedergeburt“ eines Karl Marx im Hinblick auf eine herbeigeredete politische Krise in diesem Land um so mehr. Fakt ist jedoch, dass wir keine Lehrstunde aus einem Staat brauchen, der seine Geburt einem Diktator namens Stalin und einer antiquierten Ideologie verdankt. Das sollte dem/ der Lesenden klar werden, wenn sie oder er die Zwänge erfährt, denen Frauen in der sozialistischen Gesellschaft unterliegen: Mitgliedschaft, aktive Mitarbeit in den gesellschaftlichen Massenorganisationen. FDGB, DFD, DSF, GST sind nur einige. Und: Frauen in die SED, Frauen in sozialistische Brigaden, Frauen zu den Bewaffneten Organen. Frauen als Muster- Exemplare in den Medien, im Sport und bei den Kulturschaffenden.

Unterschlagen oder verharmlost werden durch die Politiker die Alltagskämpfe, die gerade die Frauen neben den beruflichen Anforderungen auszufechten hatten: Das Gerangel um den Krippenplatz, die Wartschlangen vor den Geschäften, der ermüdende Einkauf in den dürftig bestückten Kaufhallen, der komplette Haushalt – es ist eine lange Liste.

Abgerundet wird das Frauenbild durch Beispiele, an denen sich vor allem die DDR-Opfer stören könnten: „Eisprinzessin“ Witt, die nicht nur auf dem Eis ein Schaulaufen für den SED-Staat veranstaltete, wird vorgestellt, und Chris Doerck, überbewertete Schlagersängerin mit Höhen und Tiefen im Lebenslauf. Oder die Schriftstellerinnen Elfriede Brüning, Christa Wolf und Brigitte Reimann, die mit ihren Kritiken oft genug an der Oberfläche des Unrechts kratzten, weil sie möglicherweise nicht bis in das wirkliche Leben der Menschen vordrangen.

Auch Angela Merkel, auf dem Foto im Buch so zurückhaltend wie heute, die Schauspielerin Angelika Domröse, Titelheldin in „Die Legende von Paul und Paula“ sind vertreten. Man mag sie mögen oder nicht, es sind Frauen, die die DDR hervorgebracht hat und die sie geprägt haben.

Das Buch ist insgesamt sehr gut strukturiert, Schreibstil und Länge (bzw. Kürze) der einzelnen Passagen sorgen dafür, dass keine Langweile beim Lesen eintritt, und die eingefügten, oftmals bislang unveröffentlichten Dokumente sind immer eine Bereicherung. Zugleich ist es der Autorin gelungen, auch wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden.

Erfreulicherweise findet keine Auf- oder Abrechnung zwischen den Geschlechtern statt. Auch wer in der DDR aufgewachsen ist und das Land von Anfang bis Ende zu kennen meint, kann beim Lesen lernen. Nicht nur über die Frauen, sondern über vieles, das mit den Menschen und dem Staat, mit allen und allem, zu tun hat. *B. Thonn*

Anna Kaminsky: **Frauen in der DDR.**, Berlin 2018. Zweite aktualisierte Auflage, 320 Seiten, 25 Euro, ISBN 978-3-86153-913-1

Die Betroffenen mit Sorgfalt behandeln und die Breite der Verbrechen ermitteln

Die Landesbeauftragten stellen sich den Fragen zu Zwangsadoptionen und Kindesentziehungen von Staatsfeinden in der DDR

In letzter Zeit häufen sich Berichte über vermutete politisch motivierte Adoptionen und Kindesentziehungen in der DDR. Die Konferenz der Landesbeauftragten spricht sich für eine Versachlichung in der emotional aufgeladenen Debatte aus. Es gibt bisher wenige belegte Einzelfälle, aber noch keine wissenschaftlich seriösen Belege für systematische, flächendeckende und in hoher Zahl vorgenommene Zwangsadoptionen in der DDR, bei denen Kinder aus politischen Gründen gegen den Willen der Eltern und ohne Gefährdung des Kindeswohls der Familie entzogen und adoptiert wurden. Ungeachtet dessen bleibt jeder einzelne Fall eine Tragödie.

Aufgrund des Leidensdrucks von betroffenen Familien erachten es die Landesbeauftragten als notwendig, dass jeder einzelne Fall vorbehaltlos aufgeklärt wird. Sie bieten diesen Familien entsprechende Beratungsmöglichkeiten an. Die Skandalisierung der äußerst sensiblen Thematik schadet den Betroffenen.

Kürzlich wurde im Auftrag der Ost-Beauftragten die Vorstudie „Dimensionen und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit politischer Motivation in DDR- Adoptionsverfahren 1966 bis 1990“ veröffentlicht. Aufgaben der Vorstudie waren eine Bestandsaufnahme bisheriger Erkenntnisse, die Definition von Fallgruppen und die Untersuchung von Fragestellungen und Machbarkeit künftiger Forschungen.

Dem wird die Studie nur bedingt gerecht, insbesondere weil die Schätzung von Zahlen völlig verfrüht ist.

Die Landesbeauftragten sprechen sich für eine umfassende Weiterarbeit an dieser Thematik aus. Elementar wichtig und notwendig ist eine vorurteilsfreie wissenschaftliche Erforschung der Praxis von Kindesentziehungen und Adoptionen in der DDR. Zu berücksichtigen sind auch die Fälle, in denen Eltern vermuten, dass ihnen das Versterben der Kinder vorgetäuscht wurde, um eine Zwangsadoption zu verschleiern.

Die Vorstudie sollte am 9. April im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vorgestellt werden.

Tom Sello, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, *Dr. Maria Nooke*, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, *Anne Drescher*, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, *Lutz Rathenow*, Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, *Birgit Neumann-Becker*, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, *Christian Dietrich*, Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. *Dr. Nancy Aris*

Stellvertretende. Landesbeauftragte im Bundesland Sachsen

Ausstellung

mit Werken von

Gino Kuhn

(ehemaliger politischer Häftling der DDR)

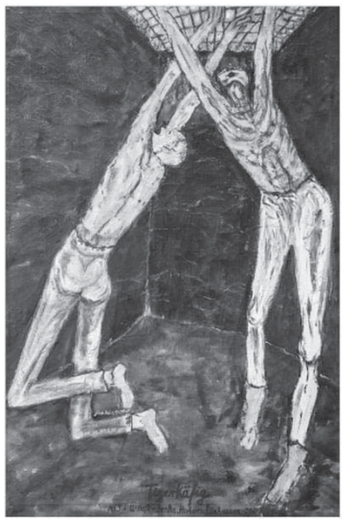
auf dem Berliner Teufelsberg
bei der Spionagestation /Kantine

Adresse: Teufelsbergchaussee 10
14 193 Berlin

14. April 2018 **19.00** Uhr
(Vernissage) bis
30. April (Finissage) 2**018**

Besichtigungszeiten:
Freitag, Samstag
von 15.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 5 Euro

Die Ausstellung ist eine Privatveranstaltung des Teufelsberg Vereins (Initiative KulturDenk-Mal Berliner Teufelsberg e. V. g.).
Eine Vorherige persönliche Anmeldung ist notwendig, um einen ermäßigten Einlass bei der Vernissage sowie der Finissage zu erhalten. Voranmeldung ist bis 13. April 2018 möglich.



Die Ausstellung wird durch die VOS, zu deren Mitgliedern der Künstler zählt, gefördert.

Eine weitere Ausstellung mit Werken von Gino Kuhn ist am Tag der Deutschen Einheit (17. Juni 2018) in der Gedenkstätte der deutschen Teilung in Marienborn (im Bereich der Autobahn 2 an der ehemaligen Grenzkontrollstelle vorgesehen.

Cold war museum – immer ein lohnender Tipp für Internetsurfer

Unser Kamerad Werner Juretzko lädt als Vorstandsmitglied (zuständig für das Ressort Europäische Angelegenheiten) im Museum zum Kalten Krieg weiterhin zum Aufruf der Internetseite des Museums ein. Waffensysteme, Historiker, Kriegsveteranen und Zeitzeugen (wie Kamerad Juretzko) werden vorgestellt. Und informieren kann man sich über die jeweilige politische Situation in den Jahrzehnten von 1940 bis 1990. Und wer weiß, vielleicht muss mit Nordkorea bald ein ganz neues Kapitel aufgeschlagen werden …

Prager Frühling, Achtundsechziger, weniger Feiertage

Vor einem halben Jahrhundert passierte viel. Rückblick auf einige Ereignisse des Jahres 1968

Fünfzig Jahre ist es her: 1968 – ein Jahr, das eine Menge an geschichtlich markanten Daten beinhaltet. Manches ist uns nicht mehr in Erinnerung, anderes wird in der Öffentlichkeit oft genug zitiert und ist quasi Teil unserer Alltagssprache. Da ist der Begriff „Die Achtundsechziger“, mit dem die wilde Studentenbewegung vor allem in West-Berlin wogte. Ihr Anführer, der 1940 in Luckenwalde geborene Alfred Willi Rudolf Dutschke, genannt „Rudi“, wurde am 11. April 1968 Opfer eines Anschlags, den er nur knapp überlebte. Dutschke war sowohl faszinierender Redner wie auch revolutionärer Einpeitscher. Die sogenannte 68er Bewegung hatte freilich schon viel früher eingesetzt, und sie fand durch den Todesschuss auf den Studenten Ohnesorg 1967 einen unnötigen, fatalen Höhepunkt. Erst Jahrzehnte später stellte sich durch Einsicht in die Stasi-Akten heraus, dass der Todesschütze, ein West-Berliner Polizist, für das MfS in der DDR arbeitete. Ein unglaublicher Vorgang.

In der DDR war bereits drei Jahre zuvor das berüchtigte 11. Plenum realisiert worden, bei dem für die Kulturpolitik des SED-Staates ein eisernes Korsett geschmiedet wurde. Westliche Einflüsse, fortschrittliche und freiheitliche Gedanken wurden zudem mit dem Neuen ökonomischen System für Planung und Leitung erschwert oder ganz verhindert. Neben den nichtkonformen Künstlern und Autoren hatten vor allem Jugendliche zu leiden. Wer sich dem staatlichen Diktat nicht beugte und mit langen Haaren oder Jeans in die Öffentlichkeit ging, musste – was nicht übertrieben ist – mit Maßregelungen bis hin zur Einweisung in den Jugendwerkhof rechnen. Die meisten der ehemaligen Insassen sind bis heute benachteiligt. Ihnen wurde nach der Entlassung aus dem Werkhof der Zugang zu einer Berufsausbildung verbaut bzw. erschwert, und da die Einweisung in den Jugendwerkhof ohne Gerichtsurteil erfolgte, fehlen ihnen für die Rehabilitierung wichtige Nachweise. Zudem werden diese Einrichtungen nachträglich verharmlost oder sogar schöngeredet.

Mit dem Jahr 1968 verbindet sich auch das geflügelte Wort vom Prager Frühling, der durch den Einmarsch der Armeen der sozialistischen Staaten niedergeschlagen wurde. Der damals in Gang gesetzte Reformsozialismus galt als ein Hoffnungsschimmer im Vergleich zu den starren, politkriminellen Staatspraktiken, wie sie im übrigen Ostblock praktiziert wurden. Der Prager Frühling und die 68er Bewegung in West-Berlin verliefen zeitlich parallel. Viel gemein hatten diese zwei prägenden Ereignisse von 1968 nicht: Während es in Prag bis zum Einmarsch des Militärs gewaltlos zuging, war die Szene in Berlin hingegen häufig von Straßenschlachten und Gewalt-Demos geprägt.

In der DDR geschah in dem Jahr 1968 noch etwas anderes Prägendes: Der ein Jahr zuvor durch Ministerratsbeschluss veränderte Feiertagskalender wurde im sozialistischen Sinn „umgestaltet“. Neben mehreren kirchlichen Feiertagen wurde auch der „Tag der Befreiung“, der im Jahr 1945 den Beginn einer Massenverhaftungswelle einleitete, aus der Liste der bezahlten arbeitsfreien Tage gestrichen.

Eliminiert wurden zudem der Ostermontag, der Buß- und Bettag und Himmelfahrt. Weiterhin mussten die konfessionsgebundenen Tage wir Fronleichnam und Reformationstag weichen.

Wer an diesen Tage weiterhin frei haben wollte, musste Urlaub nehmen oder sich unbezahlt freistellen lassen, was für Schüler und Studierende noch schwieriger war als für Werktätige. Das Fernbleiben galt als Bekenntnis zur Religion, und das wiederum hatte mit Kirche und Glauben zu tun und war im Staat unerwünscht.

Die Regelung wurde von der Regierung mit der Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche begründet. Gnädigerweise beließ die SED den Bürgern noch die Weihnachtstage, den Ersten Mai, den Karfreitag, das Pfingstfest und nicht zuletzt den 7. Oktober, der an die Gründung des Arbeiter- und Bauernstaates erinnern sollte und später in Nationalfeiertag umbenannt wurde.

Die neue Feiertagsreglung wurde im April 1968 – vor fünfzig Jahren also – erstmals wirksam. Sie fiel auf den 10. des Monats. Einen Tag später fand in West-Berlin der Anschlag auf „Rudi“ Dutschke statt.

Gedenken zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Chemnitz

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, wir laden Euch ganz herzlich zu unserer Gedenkveranstaltung ein

am Sonntag, dem

17. Juni 2018, 11.00 Uhr

in der Parkanlage
gegenüber dem Landgericht
(Hohe Str. 23, 09112 Chemnitz)

Bestimmt findet sich an diesem denkwürdigen Tag auch Zeit für einen Besuch des im April 2017 eröffneten Gedenkortes an der Außenmauer des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses in der Kaßbergstraße 17.

In der Zeit von
9:00 – 10:30 Uhr
besteht dank des Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. die Möglichkeit, an einer Führung durch das ehemalige Kaßberg-Gefängnis teilzunehmen.
Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf beste Gesundheit.

Der Vorstand der
VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

Gedenken zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Berlin

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, auch in diesem Jahr wollen wir wieder des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedenken.

am Sonntag, dem

17. Juni 2018, 9.00 Uhr

findet die Gedenkfeier der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft in Berlin- Charlottenburg, Am Steinplatz statt.

Wir alle sind aufgerufen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die Opfer zu ehren.

Der Veranstalter ist die Vereinigung der Opfer des Stalinismus.

Der Bundesvorstand

Waffen aus dem „Friedensstaat“

Die DDR produzierte Schnellfeuerwaffen und verkauft sie gegen Devisen an andere Länder

Von einem Ausflug nach Wiesa (Thermalbad Wiesenbad), das sich ca. 30 km südlich von Chemnitz befindet, brachten Bärbel und Reinhard Klaus ein Foto von dem früheren VEB Geräte- und Werkzeugbau Wiesa (Betrieb des Kombinates Spezialtechnik Dresden) mit. Hier wurden seit 1958 jährlich bis zu 115.000 Stück der Schnellfeuerwaffe Kalaschnikow (Maschinenpistole und Leichtes Maschinengewehr) produziert. Drahtzäune, Barrieren und strenge Kontrollen verhinderten damals das Betreten des Geländes durch „Unbefugte“. Dennoch war den meisten Anwohnern bekannt, welche „Güter“ das Werk regelmäßig verließen.

Seit 1988 florierte von hier aus auch der Westexport. Unter der Bezeichnung *Wieger STG 940* verkaufte die „friedliebende“ DDR in Variationen (auch mit Zielfernrohr, Zweibein, einklappbare Metallstütze, Kunststoffkolben) ein Sturmgewehr, das auf der Basis der Kalaschnikow funktionierte, an Indien und Peru und versorgte auch die eigenen „bewaffneten“ Organe.

Mit der technischen Entwicklung dieser Waffe hatte die DDR bereits 1985 begonnen. Die ansonsten immer weiter zurückfallende Wirtschaft fand so ein Mittel, über den Vertrieb durch die Außenhandelsabteilung KoKo (Kommerzielle Koordination) die Devisenlage des Landes aufzubessern. Die Entwicklung und Produktion verlief – wie nicht anders zu erwarten – unter der Aufsicht des MfS. Der VEB Werkzeugbau Wiesa war neben dem Standort Suhl der wichtigste Produzent von Schusswaffen in der DDR. Die an der Grenze zur Bundesrepublik installierten Selbstschussanlagen SM 70 wurden teils in Kapen bei Dessau hergestellt und hier auf ihre Wirkung getestet. Die in Wiesa gefertigten Sturmgewehre erprobte man auf der Raketentechnischen Basis Brandenburg. Die Test-Berichte bescheinigten der Waffe gute Eigenschaften: geringer Verschleiß, Treffsicherheit und Schmutzresistenz.

Weitere Informationen finden sich im Internet unter Eingabe des Stichwortes Wieger. Wieger wird dort als Zusammensetzung der Worte Wiesa und Germany erklärt. *B. Thonn*

Anm.: *Der Redakteur dankt Reinhard Klaus für das obige Foto und die Information.*

Nachrufe

Ende März erreichte uns die Nachricht vom Tod unseres Mitglieds Ralf Kotowski, der dem VOS- Landesverband NRW angehörte.

Kamerad Ralf Kotowski war in der DDR politisch inhaftiert, er hat sich in der Bundesrepublik stets für die Interessen und Forderungen der SED-Opfer eingesetzt und ist konsequent und zuweilen streitbar für eine gerechte und umfassende Aufarbeitung eingetreten, wobei er sich nachdrücklich für die Enttarnung der Täter und die großzügige Entschädigung der Opfer einsetzte.

Die VOS übermittelt den Angehörigen von Ralf Kotowoski ihre Anteilnahme zum unerwarteten Tod.

Vorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

+++ +++ +++ +++ +++

Am 25. März verstarb der frühere verdiente VOS-Bundesvorsitzende **Helmut Stelling** im Alter von 91 Jahren. Kamerad Stelling wurde in Leipzig geboren, er nahm als Soldat am Krieg teil, geriet anschließend in Gefangenschaft und ließ sich nach der Rückkehr in seiner Heimatstadt Leipzig zum Lehrer ausbilden.

Am 11. November 1948 verurteilte ihn ein sowjetisches Militärtribunal wegen Spionage, antisowjetischer Propaganda und illegaler Gruppenbildung zu 25 Jahren Arbeitslager. Von dieser Strafe verbüßte er sieben Jahre im Zuchthaus Bautzen. Nach der Entlassung aus der Haft verließ er schon innerhalb kurzer Zeit die DDR und ging in die Bundesrepublik.

Ausführlicher Nachruf auf der Rückseite dieser Ausgabe

Wenn eine Verblendung zur unmittelbaren Gefahr wird

Aus dem Tagebuch der kritischen Gedanken erfahren wir:

Wo sich ein Riss bildet, wo die Fiktion der zugespitzten Gedanken ihre eigene Welt in verfremdete Metaphern umsetzt, ist es die vornehmliche Aufgabe, die Gesellschaft an den Lebenstakt der Wirklichkeit zu erinnern. Feststeht: Die Verblendung in der Erinnerung wird zur Gefahr, und es sind die letzten tatkräftigen Zeugen der Zeit berufen, gegen diese Gefahr aufzutreten.

Andreas Kaiser, Bonn, Künstler und Aufklärer, ehemaliger politischer Häftling der DDR

Die Informatiker und Gott auf einer Wellenlänge?

Ein Exkurs in die Welt vor und nach dem Tod und Hoffnung und Trost auf Gerechtigkeit

Das Leben hat den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft übel mitgespielt. Aber allen sei Trost ausgesprochen, und abgerechnet wird bekanntlich zum Schluss. Keine gute Tat oder Absicht wird je vergessen.

Die Informatiker bestätigen diese urchristliche Sichtweise wissenschaftlich. Nichts geht verloren. Natürlich müssen wir das HIER und HEUTE zum Besseren verändern. Jeder Musiker, jeder Künstler versucht es, sogar die meisten Politiker. Aber wirklich geschehen kann es nur, wenn wir uns selbst bessern. Wir selbst müssen aktiv bleiben, Licht geben, nachdem wir es erlangten, auch wenn heute viele das Licht auszuschalten versuchen.

Das ist der eigentliche Zweck aller und sollte unser Bestreben sein, um aller Opfer, Geknechteten und Leidenden der kommunistischen Gewaltherrschaft gerecht zu werden.

Ich weiß, gerade die Religiösen haben oft genug das Licht gelöscht. Das ist ja der Grund warum ich "Atheist" bin und ganz bewusst kein Katholik oder Protestant, auch kein Hindu oder Muslime. Sie haben alle Gewalt geübt.

Noch 1860 zwangen die Engländer, Franzosen, Russen usw. dem besiegten China den Opiumhandel auf und legten im Vertrag zu Tienjan zugleich fest, China habe sich für die Missionierung im Sinne des Christentums zu öffnen.

Ist es nicht wahr, dass den Aborigines die Kinder entwendet wurden, um aus ihnen frühzeitig Christen zu machen? Ist der latente Antijudaismus nicht das Produkt kirchlicher Predigten, seit Jahrhunderten? War es nicht eine Schande was Luther in Bezug auf Juden forderte?

Ist die Missionsgeschichte der christlich ökumenischen Christenheit, die nach 1820 erst richtig loslegte, ein einziges Mahnmal für Verkommenheit?

André Rohloff

Mit der Gegenrechnung gegen die Marx'sche Mehrwerttheorie

Mathematische Argumente gegen „Das Kapital"

Die Lektüre, die hier empfohlen wird, gehört keineswegs zu den leichten Aufgaben, und es nichts, das man sich als fröhliches Betthupferl auf den Nachttisch legt.

Es ist eine mathematisch wissenschaftliche Untersuchung der Berechnungen und wirtschaftlicher Vorgänge, die der große Kritiker der politischen Ökonomie des Kapitalismus Karl Marx in seinem dreibändigen Hauptwerk „Das Kapital" angestellt hat. Verfasst wurde das Buch von VOS-Mitglied Gerd Peter Leube, der sich darin vor allem mit dem Thema Arbeitsteilungen und deren Auswirkungen sowie einer gerechten Verteilung des erwirtschafteten Gewinns auseinandersetzt. Kamerad Leube nutzte dabei die Erfahrungen und Ergebnisse von viereinhalb Jahrzehnten sozialistischer Wirtschaftsverflechtungen.

So schwierig dieses Büchlein zu verstehen ist, gebührt ihm doch ein wichtiger Platz in den Bibliotheken der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten unserer Städte und sollte durchaus auch als Argumentationsmaterial bei Diskussionen benutzt werden.

Gerd Peter Leube: Die unsichtbare Hand der arbeitsteiligen Wirtschaft. *Eine Untersuchung über optimale Arbeitsteilungen und deren Konsequenzen.* Im **Selbstverlag** Gerd Peter Leube, 2007, 46 Seiten, Paperback, ISBN 978-3-9811607-0-3

Nachfragen an die VOS Bundesgeschäftsstelle Berlin

Wir trauern um

Bernhard Harz	**Bezirksgruppe Weimar**
Edith Grahlmann	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**
Hans-Dieter Paulini	**Bezirksgruppe Leipzig**
Winfried Schiemenz	**Bezirksgruppe Senftenberg**
Ralf Kotowski	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**
Helmut Stelling	**Bezirksgruppe Mannheim**
Dieter Schönherr	**Bezirksgruppe Freiberg**
Peter Jagoda	**Bezirksgruppe Hamburg**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Große Verdienste für die VOS

Kamerad Helmut Stelling stirbt mit 91 Jahren

Ein Nachruf

Die VOS trauert um einen ihrer verdienstvollsten und kompetentesten Kameraden. Helmut Stelling verstarb am 25. März 2018 im Alter von 91 Jahren. Er war dem Verband bereits 1956 beigetreten, nachdem er mehrere Jahre Haft hatte verbringen müssen und nach der Freilassung in die Bundesrepublik übergesiedelt war.

Helmut Stelling gehörte nicht nur wegen der bemerkenswert langen Zugehörigkeit – es waren 62 Jahre – zu den Aktivposten der VOS. Er hat von Beginn an Verantwortung im Verband übernommen und sich um die Geschicke sowohl der ehemaligen politische Häftlinge insgesamt wie auch um die Unterstützung einzelner Mitglieder bemüht. Er gehörte zu denen, die schon lange vor der Wiedervereinigung eine umfassende soziale und finanzielle Entschädigung durch den Staat gefordert haben, ebenso ist bereits früh für eine bessere Anerkennung der Widerstandsleistung und der Leiden der politischen Gefangenen des Kommunismus eingetreten. Vieles davon wurde erst nach dem Ende des SED-Staates umgesetzt, so dass auch ihm diese Leistungen zuteil wurden.

Helmut Stelling war zwei Jahre als Bundesvorsitzender der VOS tätig. Sicherlich hätte er dieses Amt noch weiter inne haben können, doch er stellte sich wegen privater Anforderungen und beruflicher Pläne nicht zur Wiederwahl. Dennoch hat er das Amt mit großem Einsatz und zur Zufriedenheit der Mitglieder ausgefüllt. Nicht zuletzt deswegen wurde ihm das Goldene Ehrenzeichen des Verbandes verliehen.

Die Geschicke und das Wirken unseres Opferverbandes hat Helmut Stelling auch in Zeiten, in denen er kein Amt inne hatte, verfolgt. Wenn es not tat, äußerte er sich kritisch, und wenn man auf seine Erfahrungen zurückgreifen wollte, hat er sich offen und hilfsbereit gezeigt.

Nach dem überraschenden Tod des vormaligen Fg- Redakteurs Sigurd Binski, der regelmäßig die Generalversammlungen geleitet hat, hat Kamerad Stelling diese Aufgabe übernommen und ist mit Ruhe und Übersicht mehrfach als Versammlungsleiter aufgetreten.

Nach dem Tod seiner Frau im Jahr 2014 – es waren 32 glückliche Ehejahre – ist Helmut Stelling in ein Seniorenheim in Heidelberg gezogen. Er hat trotz seines Alters weiter Interesse an der VOS gezeigt und vor allem durch die Freiheitsglocke seine Verbundenheit mit dem Verband den Kameraden gezeigt.

Die VOS dankt Helmut Stelling für sein langjähriges Wirken für den Verband und seine Mitglieder. Viele Stationen, die der Verband in Jahrzehnten durchlief und viele erkämpfte Erfolge, verbinden sich mit der Erinnerung an ihn. Unser Dank und unser Gedenken begleiten ihn auf seinem letzten Weg und darüber hinaus.

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Foto: *Generalversammlung 2010 (© ARK)*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter-Kariger
redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 787/ 788 erscheint Mai/ Juni 2018
Redaktionsschluss der FG 783/784 am 07. April 2018